contraste

zeitungfürselbstorganisation

415 | 36. JAHRGANG | APRIL 2019 | 4'50 EURO | www.contraste.org

NACHRICHTEN Erfolgreiche Besetzung: Wohnraum für obdachlose Frauen in Köln bleibt erhalten. 3

PROJEKTE Selbstorganisation in Griechenland: Journalist*innen gründen eigene Zeitung. 4

PROJEKTE Anarcho-Karnevalist*innen: Die Pappnasen Schwarz-Rot mischen den Kölner Umzug auf. 5

THEORIE Raum für rechtliche Kreativität: Worauf Projekte bei Binnenverträgen achten sollten. 8

BIOTONNE Die Initiative »Fuck for Forest« wird 15 Jahre alt. Ein Interview mit den Gründer*innen. 13

BILDUNG UND SELBSTVERWALTUNG

▲ »Die Schule von Athen« (ital. La scuola di Atene) ist ein Fresko des Malers Raffael, das dieser von 1510 bis 1511 in der Stanza della Segnatura des Vatikans für Papst Julius II. anfertigte. Quelle: Wikipedia

Zwischen Kritik und Utopie

Im Song »We don't need no education....« von Pink Floyd reflektiert der Sänger Roger Waters seine Schulzeit in den 50er Jahren – in düsteren Bildern. Dem gegenüber steht das Fresko »Die Schule von Athen« von Raffael, das oben zu sehen ist. Es vermittelt ein sehr positives Bild von Bildung und erinnert an Formen alternativer, nicht-frontaler Bildungsvermittlung, wie sie häufig in der Alternativpädagogik anzutreffen sind – abgesehen davon, dass auf dem Bild nur Männer zu sehen sind.

MAURICE SCHUHMANN, BERLIN

Diese beiden Kunstwerke symbolisieren das Spannungsfeld, aus dem dieser Contraste-Schwerpunkt entstand – einerseits die Kritik am bestehenden System, andererseits die Utopie für eine selbstverwaltete und herrschaftsarme Bildung. Der Begriff »Bildung« wiegt dabei schwer. Er ist ein umkämpfter Begriff. Bildung gilt als Bedingung für Aufstieg und Veränderung, die Bildung des Menschen – im Sinne einer Herausbildung seiner Persönlichkeit – als eines der höheren Ziele der Menschheit. »Wissen ist Macht« lautete das Credo von Wilhelm Liebknecht, dem Begründer der Arbeiterbildungsschulen. Weiterhin gab es im sozialistischen und anarchistischen Spektrum eine sehr wichtige Bewegung für weltliche und alternative Schulen bis hin zur Gründung von Volkshochschulen. Aus der »Unterschicht« wurde im deutschsprachigen Raum »bildungsferne Schicht«. Bei studentischen Protesten wird stets der Humboldt'sche Bildungsbegriff als Schlag- und Kampfbegriff hervorgezerrt. Bildung ist auch der Begriff, der die Fachhochschule und die Universität voneinander trennt. Die eine Institution dient der Ausbildung, die andere der Bildung. Die Demokratisierung von Bildung stand auch auf den Fahnen der 1968er Bewegung.

Beim Kampf um Alternativkonzepte spielt vor allem der Aspekt »Selbstverwaltung« eine große Rolle. Dieser Begriff zielt vor allem auf Autonomie und Unabhängigkeit gegenüber staatlichen Einrichtungen sowie auf Gleichberechtigung der arbeitenden und lernenden Menschen in Bezug auf die demokratischen, das Gemeinwesen betreffenden Entscheidungen.

Knapp 100 Jahre nach Beginn der Volkshochschulbewegung und gut 50 Jahre nach 1968 lohnt es sich, wieder einmal sich einen Überblick zu verschaffen, Wege und Irrwege zu reflektieren sowie eine Zwischenbilanz zu ziehen. Der »Markt« alternativer Bildungskonzepte ist mittlerweile sehr groß, fast schon unüberschaubar und kann nur partiell im Rahmen einer Schwerpunktausgabe dargestellt und diskutiert werden. Wir mussten uns daher beschränken und konnten nur einen winzigen Teil jener Szene abbilden, der auch nicht den Anspruch auf generelle Repräsentation erhebt.

Die Auswahl ist geprägt durch den Versuch, vorschulische Bildungsansätze, Hochschulbereich, außerschulische und -universitäre Ansätze, Dialog von Wissenschaft und Bürger*in sowie auch die Organisation von Tätigen in der Branche abzubilden. Dabei geht es nicht um ein unkritisches Propagieren jener Konzepte, sondern auch ein Stück weit über die Grenzen dessen. Die Ausgabe soll zum Reflektieren und Diskutieren von Alternativen im Bildungssektor anregen. Vielleicht läßt sich ja auch mittelfristig eine eigene Themenseite »Bildung« in der Contraste etablieren, die einen stetigen Informationsfluss und Austausch ermöglicht.

FRAUEN*KAMPFTAG

»Wenn wir streiken, steht die Welt still«

Weltweit streikten am 8. März Frauen* gegen die systematische Abwertung ihrer Arbeitsverhältnisse und Lebensbedingungen. Auch in Deutschland fanden in vielen Städten Aktionen und Demonstrationen statt. In Köln war einer der Schwerpunkte die Situation von Pflegekräften an der Uniklinik.

FRAUEN*STREIK KÖLN

In den vergangenen Monaten hatten Pflegekräfte an der Uniklinik Köln schon wiederholt gegen die lebensgefährlichen Auswirkungen des Pflegenotstands und für die Anerkennung ihres Berufs gestreikt. Am Frauen*kampftag gab es während der solidarischen Mittagspause eine Streikblockade in der Innenstadt sowie Aktionen für Menschenrechte für Migrant*innen. »Wenn wir am 8. März streiken, steht die Welt still«, sagte Pressesprecherin Mia Wyborg.

Das Streikcafé im Allerweltshaus war den ganzen Tag über gut besucht. Dort fanden mitunter Social Media Aktionen unter dem Motto #ichstreike8M statt. Weltweit machten Frauen* so ihre Gründe für den Streik öffentlich. Bei der Kölner Demonstration am Abend beteiligten sich ca. 3.000 Menschen. Die Demo wurde von einem kraftvollen Frauen*-Block angeführt, dahinter folgte ein leerer Block, um all die Frauen* sichtbar zu machen, die nicht dabei sein konnten. Die kurdischen Frauen* beteiligten sich ebenfalls mit einem eigenen Block.

»Auch 2019 muss noch für Frauen*rechte gekämpft werden. Wir wollen die unsichtbar gemachte Arbeit von uns Frauen* im öffentlichen Raum verhandeln. Haus-, Erziehungs- und Sorgearbeit sind gesellschaftliche Aufgaben«, so die Sprecherin. Eine weitere wichtige Forderung bleibe das Recht auf legale Abtreibung und der Kampf gegen die Gewalt an Frauen* weltweit. »Der 8. März war eine Kampfansage ans Patriarchat und ein Startschuss für weitere Aktionen und Streiks«, sagte Wyborg. »Politische Streiks gelten in Deutschland als verboten. In vielen anderen europäischen Ländern sind sie ein legitimes Mittel, um politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen.«

In Brasilien, Argentinien und Spanien beteiligten sich mitunter wieder Millionen Frauen* am Streik. Auch in der Türkei kam es zu Demonstrationen und Streikaktionen trotz massiver Repression von Seiten der Regierung.

Link: https://frauenstreik-koeln.org

ÜBER UNS

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN SEITE 3
HAUSBESETZUNG IN KÖLN
GLOBAL DEGROWTH DAY

PROJEKTE SEITE 4
ZEITUNG DER JOURNALIST*INNEN
AG BERATUNG

PROJEKTE SEITE 5
PAPPNASEN ROT-SCHWARZ

BEWEGUNG SEITE 6
DIE INDIGENE BEWEGUNG IM CAUCA

GENOSSENSCHAFTEN SEITE 7
DORFLADEN SCHWEIGHAUSEN
DORLADENGENOSSENSCHAFTEN

THEORIE SEITE 8
BINNENVERTRÄGE

SCHWERPUNKT SEITE 9
FILMARCHE, BERLIN

SEITE 10
ANARCHISTISCHE PERSPEKTIVEN
FEMINISTISCHE SOMMERUNI

SEITE 11
KINDERLÄDEN HEUTE

SEITE 12
WISSENSCHAFTSLÄDEN
EDUCAT SACHSEN

BIOTONNE SEITE 13
FUCK FOR FOREST

KUNST & KULTUR SEITE 14
BILDUNG.MACHT.ZUKUNFT
SCHWARZ-ROTE BERGSTEIGER*INNEN

REZENSIONEN SEITE 15
KANAILLEN-KAPITALISMUS
ANTHROPOSOPHIE
BULLSHIT JOBS
LÄNDLICHE VERHEISSUNG
TIEFROT UND RADIKAL BUNT

TERMINE SEITE 16
KLEINANZEIGEN, IMPRESSUM

Contraste ist offen für Beiträge von Euch. Redaktionsschluss ist immer fünf Wochen vor dem Erscheinungsmonat. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende. Das Redaktionsselbstverständnis ist nachzulesen unter:
www.contraste.org/redaktionsselbstverständnis.htm

contraste abonnieren!

Standard-Abo (Print oder PDF) zu **45 Euro** jährlich

Kombi-Abo (Print+PDF) zu **60 Euro** jährlich

Kollektiv-Abo (fünf Exemplare) zu **100 Euro** jährlich

Fördermitgliedschaft mind. **70 Euro** jährlich, für juristische Personen (Betriebe, Vereine, usw.) mind. **160 Euro** jährlich

EIne **Fördermitgliedschaft** bedeutet, Contraste finanziell zu unterstützen. Daraus resultieren keine weiteren Verpflichtungen.

Der **Förderbetrag** kann steuerlich geltend gemacht werden.

Bestellen unter: **abos@contraste.org**

Schnupperabo

(läuft automatisch aus, keine Kündigung nötig):
3 Ausgaben **7,50 Euro** (bei Lieferung ins europäische Ausland **10 Euro**)

BLICK VOM MAULWURFSHÜGEL

Grafik: Eva Sempere

»Tafeln wird es immer geben müssen«

ULI FRANK

So titelte die »Westfälische Rundschau« neulich, und der Verfasser geht davon aus, dass die Tafeln nie wieder überflüssig würden, sondern noch mehr dazukommen und sie noch effektiver und professioneller werden müssten, etwa durch große Kühlhäuser und dergleichen.

Ein anderes in eine unbegrenzte Zukunft hinein gesprochenes Wort sind die »Ewigkeitskosten«, die anfallen, wenn jetzt im Ruhrgebiet sämtliche Zechen geschlossen werden, und das schmutzige Grubenwasser »ewig« abgepumpt werden muss, damit es nicht das Grundwasser verseucht. Als noch bedrohlicher kennen wir diese Zukunftsaussichten in Zusammenhang mit den berüchtigten »Endlagern« für abgebrannte Uran-Brennstäbe aus Atomkraftwerken. Auch die viel zitierte Richterskala bei Erdbeben ist ja »nach oben offen« und lässt noch unendlichen Raum für katastrophische Steigerungen. Und schon 1992 hatte Francis Fukuyama das »Ende der Geschichte« ausgerufen – also den gegenwärtigen Zustand der Welt für endgültig erklärt. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher verdiente sich 1980 mit ihrem Bekenntnis »TINA« (There is no Alternative) sogar ihren Spitznamen.

Dem Ärgernis solcher Geschichtslosigkeit steht eine breite philosophische Tradition der Neuzeit gegenüber: etwa von Hegel, Marx, Kierkegaard, Nietzsche, Schopenhauer, Lukács, Weber, Horkheimer, Adorno, Simmel, Dürkheim, Benjamin, Fromm, Marcuse, Bloch bis Habermas und Honneth – von der klassischen utopischen Literatur ganz zu schweigen. Und gerade heute gibt es wieder zahlreiche Veröffentlichungen, die sich mit der Ewigkeit der herrschenden Verhältnisse nicht abfinden wollen. Als unsortierte Beispiele nur einige Bücher, die bei mir gerade herumliegen: Paul Mason: Postkapitalismus, Oliver Stengel: Jenseits der Marktwirtschaft, Nick Srnicek und Alex Williams: Die Zukunft erfinden, Jeremy Rifkin: Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft, W. Paul Cockshott und Allin Cottrell: Alternativen aus dem Rechner, Charles Eisenstein: Ökonomie der Verbundenheit, Friederike Habermann: Ausgetauscht, Stefan Meretz und Simon Sütterlütti: Kapitalismus aufheben, Hartmut Rosa: Resonanz, Tobi Rosswog: After Work …

Aber: »Tafeln wird es immer geben müssen« – diese peinliche Institution, die nur Notpflaster sein soll und kann und schon allein durch ihre Existenz eine finale Schmach des herrschenden Wirtschaftssystems darstellt. Schwer zu ertragen für uns, die wir uns mit unserem Lieblingsprojekt Contraste immer wieder bemühen, Halbinseln gegen den Strom zu finden, alternative selbstorganisierte Zukunftslösungen zu entdecken und zu beschreiben. Und vielleicht schon wieder lächerlich für all die Menschen, die heute schon neue Formen des Zusammenlebens ausprobieren, in denen es keine Almosen für Arme mehr braucht, sondern der Reichtum der Welt und ein gutes Leben für alle selbstverständlich ist.

Mitmacher*innen gesucht!

Wir von der CONTRASTE sind immer auf der Suche nach Menschen, die sich vorstellen können, regelmäßig Artikel zu schreiben, zu redigieren oder einzelne Seite und/oder Schwerpunkte zu planen.

Wir freuen uns aber auch über Redakteur*innen zu bestimmten Themen, etwa Klimawandel oder Degrowth, was nicht bedeuten muss, selbst zu schreiben, sondern im Blick zu haben, was aktuelle, berichtenswerte Themen oder Ereignisse sind und wer für Beiträge darüber angefragt werden könnte.

Arbeit für die CONTRASTE ist ehrenamtlich, bietet aber die Möglichkeit, Informationen über interessante Projekte zu verbreiten, kritische Diskussionen anzuregen und journalistische Erfahrung zu sammeln. Wir treffen uns zwei Mal pro Jahr zu gemeinsamen Plena und kommunizieren ansonsten per Mail und Telefon.

Bei Interesse meldet euch unter koordination@contraste.org

AKTION 2019

Unsere neue Webseite kommt

Liebe Leser*innen,

auf unserem Plenum im Januar hatten wir die Neugestaltung unserer Webseite konkret auf den Weg gebracht, das schmale Vereinsbudget gibt das allerdings nicht her. Also wie bezahlen? Unsere Bitte um Unterstützung hat die »anstiftung« in München gehört und unserem Verein mit 2.000 Euro unter die Arme gegriffen. Großen Dank. Leser*innen ist die »anstiftung« beispielsweise bekannt über die »Urbanen Gärten«. Seit 2012 lädt die Stiftung zum Sommertreffen der Urban-Gardening-Projekte ein. In unserer Novemberausgabe berichtete Stefan Rahmann von dem bemerkenswerten Wachstum der Gemeinschaftsgärten in Deutschland. Aus 170 Initiativen wurden in sechs Jahren über 700. Schon im Juli 2005 infomierte die »anstiftung« in einem CONTRASTE-Schwerpunkt über die Interkulturellen Gärten. Auf Anfrage senden wir gerne die PDF-Ausgabe gratis zu.

Wir selbst wachsen zur Zeit nicht, sondern treten auf der Stelle. Es gingen 132 Euro an Spenden ein. Vielen Dank. Von unserem diesjährigen Spendenziel 7.000 Euro sind wir nun noch 4.234,83 Euro entfernt. Das ist noch eine sehr große Lücke. Wir bitten dringend um Spenden.

Bei den Abos halten sich Zu- und Abgänge in etwa die Waage. Fünf Neu-Abos waren es, darunter ein Print-PDF-Kombi und drei auf ein Jahr gespendete Freiabos für Gefangene. Fünf Abos haben wir verloren, eine Fördermitgliedschaft. Dabei wurde dreimal Geldmangel als Grund angegeben. Wenn ihr aus finanziellen Gründen kündigen müsst, sprecht uns an, damit wir eine gemeinsame Lösung finden können.

Gerne würdigen wir unsere Spender*innen durch Namensnennung, schreibt dazu bitte im Verwendungszweck »Name ja« oder sendet eine E-Mail an abos@contraste.org.

Heinz Weinhausen

Wir danken den Spender*innen

B.A.	30,00
Udo Blum, Berlin	60,0
B.P.	29,00
E.S.	5,00
L.C.	8,00

Das Zeitungsprojekt CONTRASTE benötigt noch **4.234,83 Euro**

Spendenticker »Aktion 2019«

39,5% finanziert **2.765,17** Euro Spenden **4.234,83** Euro fehlen noch

Spenden für CONTRASTE **CONTRASTE E.V.** **IBAN DE02508900000051512405** **BIC GENODEF1VBD**

SCHEIBENBRUCH IN DER 1006

Hausbesetzung für obdachlose Frauen

Am Morgen des 16. März stiegen Mitglieder und Freunde der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim (SSM) auf eine Leiter, die sie von ihrem LKW geladen hatten, und schlugen im ersten Stock des städtischen Wohnhauses Bergisch Gladbacher Straße 1006 ein Fenster ein. Sie stiegen in das große Erkerzimmer des denkmal geschützten Jugendstilgebäudes und hängten ein Transparent aus einem Fenster, auf welchem stand: »Obdachlose Frauen brauchen Wohnraum« und darüber in roter Farbe: Ihr werdet uns nicht los«.

RAINER KIPPE, SSM (KÖLN)

▲ Erfolgreiche Hausbesetzung in Köln: »Ihr werdet uns nicht los. Obdachlose Frauen brauchen Wohnraum. Foto: Rojin Sharifi

Das geräumige Haus mit acht Wohnungen hatte viele Jahre als städtische Obdachlosenunterkunft gedient. Seit 2013 standen die Wohnungen leer, weil angeblich der Hausschwamm sich – unbemerkt von der städtischen Gebäudewirtschaft – im Haus breit gemacht habe und die Sanierung angeblich für die Stadt zu teuer sei. Deshalb sollte diese wertvolle Unterkunft nun meistbietend an Spekulanten verramscht werden.

Bald waren die Türen von innen geöffnet und Unterstützer*innen und obdachlose alte Damen kamen ins Haus, traten an die Fenster und verkündeten den interessiert lauschenden Passanten lauthals ihre Botschaft: Alte Menschen liegen auf der Straße, die Stadt hat keine Wohnungen für sie, genauso wenig der reiche, von Steuergeldern gemästete Apparat der vor allem christlichen Wohltäter in den verschiedenen caritativen Vereinigungen, der aus der Not der »ärmsten unter meinen Brüdern« (und Schwestern) ein einträgliches Geschäftsmodell gemacht hat.

Die alten Damen sind Klienten der Sozialberatung des SSM, an die sich jeden Montagabend jede*r wenden kann, der*die Rat und Hilfe braucht, vorwiegend zur Armenverwaltung der staatlichen Behörden. Seit letztem Sommer hatte die Sozialberatung von der Kölner Sozialverwaltung eine Wohnung für Ursula Brehm verlangt, vergebens. Zuletzt teilte Sozialdezernent Rau dem SSM mit: »Wir haben keine Wohnung für Frau Brehm.« Die alte Dame bleibt deshalb im Alter von mittlerweile 72 Jahren auf die Unterbringung in wechselnden Notschlafstellen angewiesen. Die Tage verbringt sie im Lesesaal der Volkshochschule. Immerhin: Dafür sind Bildungseinrichtungen gut, könnte man sagen.

Immer wieder musste die Sozialberatungsgruppe die alte Dame spätabends wieder auf die Straße schicken. Die Not hat in den letzten Jahren derart zugenommen, dass zeitweise beim SSM selbst Büros und Bauwägen belegt sind.

Statt Hilfe vom Amt oder von den üppig ausgestatteten kirchlichen Trägern der Armenpflege kamen noch mehr alte Frauen, teils mit Hunden, die das Schicksal von Ursula Brehm teilen und jede Nacht auf der Suche nach einer Bleibe durch die Straßen der Stadt wandern.

Nun aber, beim Straftatbestand Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch, wurde der Staat, der sich sonst schamvoll verborgen hält, tätig: Polizei und Ordnungsamt erschienen mit 15 Leuten auf der Bildfläche und sicherten den Tatort des Rechtsbruchs.

Auf ihr Drängen zeigte sich nun endlich auch die Verwaltung, aber nicht etwa der Sozialdezernent oder der Leiter der für Unterbringungen zuständigen »Fachstelle Wohnen«, sondern der Leiter des städtischen Liegenschaftsamtes, Detlef Fritz.

Unter dem Druck der Polizei, die als Landesbehörde gar kein Interesse daran hat, für die hochdotierten Spitzenbeamten der Stadt Köln die Kohlen aus dem Feuer zu holen, und in Anwesenheit der gefürchteten Presse versprach Fritz, beim Amtsleiter des Amtes für Wohnungswesen vorzusprechen und auf diese Weise dafür zu sorgen, dass die alten Damen eine für sie geeignete Wohnung mit angemessener Betreuung erhalten. Daraufhin zogen die Besetzer*innen ab – mit der Ankündigung, wiederzukommen, wenn der Deal nicht eingehalten wird. Die Kölner Presse berichtete wohlwollend von der Besetzung und von dem Kompromiss.

Gewonnen war aber noch nichts, da drei Tage später der Verkauf des Hauses immer noch auf der Tagesordnung des Liegenschaftsausschusses stand. So versammelten sich vor der Sitzung protestierend obdachlose Frauen und Bürger*innen aus dem Stadtteil der Bergisch Gladbacher Straße 1006. Sie forderten Wohnungen und setzten sich für den Erhalt ihres im Parterre des besetzten Hauses gelegenen Bürgertreffs ein.

Besetzung, Protest und die positive Presse zeigten Wirkung. Die Mehrheit der Parteien beschloss, dass die 1006 nun nicht mehr meistbietend verkauft werden darf. Stattdessen wird ein Träger gesucht, der den dortigen Wohnraum für Obdachlose und sonst bedürftige Menschen erhält. Schon einen Tag später meldete die Initiative »Kunst hilft Obdachlosen« ihr Interesse an. Und die Sozialverwaltung sucht nun – gemeinsam mit dem SSM – intensiv nach geeignetem Wohnraum für Ursula Brehm und die anderen obdachlosen Damen.

EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE

Global Degrowth Day

Weltweiten werden am Aktionstag »Gutes Leben für alle - Global Degrowth Day« am 1. Juni 2019 in vielen Städten öffentliche Aktionen und Veranstaltungen stattfinden, die praktische Alternativen zur Wachstumsgesellschaft in der Öffentlichkeit sichtbar machen und zeigen: Ein gutes Leben für alle ist möglich!

ARBEITSGRUPPE
»ACTIVISTS AND PRACTITIONERS«

Alle Menschen, Gruppen, Organisationen und Bewegungen, die sich einem »guten Leben für alle« verbunden fühlen, sind aufgerufen, an diesem Aktionstag mitzuwirken: Gestaltet bei euch vor Ort Aktionen und Veranstaltungen, die alternative Wege und Ideen jenseits der Wachstumsgesellschaft aufzeigen. Damit werdet ihr Teil einer vielfältigen Bewegung für eine global gerechte und zukunftsfähige Welt, die sich am Gemeinwohl orientiert. Die praktischen Ansätze für eine Welt jenseits des Wachstums zeigen: Ein fürsorgliches und selbstbestimmtes Miteinander ist auch heute schon möglich! Zugleich stärkt ein gemeinsamer Aktionstag den Kontakt und das Zusammenwirken der vielfältigen Initiativen, die sich als Akteure einer gemeinsamen Postwachstumsbewegung verstehen können.

Gutes Leben für alle setzt eine Wirtschaftsweise und Gesellschaftsform voraus, die das Wohlergehen aller Menschen und Mitgeschöpfe zum Ziel hat und die ökologischen Lebensgrundlagen schützt. Dafür ist eine grundlegende Veränderung unserer derzeitigen Lebens- und Produktionsweise sowie ein umfassender kultureller Wandel notwendig. Zu den Werten dieser Gesellschaft gehören für uns z.B. Achtsamkeit, Entschleunigung, Solidarität und Kooperation, um ein selbstbestimmtes Leben in Würde für alle zu ermöglichen. Als notwendige weitere Schritte sehen wir u.a. einen schonenden Umgang mit Ressourcen, die Orientierung an Suffizienz und eine Verringerung von Produktion und Konsum im globalen Norden. Außerdem benötigen wir einen Ausbau demokratischer Entscheidungsformen, um echte politische Partizipation zu ermöglichen, sowie den Abbau globaler Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen wie etwa Rassismus, Sexismus und Neokolonialismus, damit tatsächlich alle Menschen am guten Leben teilhaben können. Ein solcher Ansatz wird auch als »Degrowth« oder »Postwachstum« bezeichnet.

Für den Aktionstag am 1. Juni führen lokale Initiativen in zahlreichen Orten und Städten öffentliche Veranstaltungen und Aktionen durch, um deutlich zu machen: Wir sagen nein zur Alternativlosigkeit! Wir wollen konkrete Handlungsspielräume und Alternativen zur kapitalistischen Wachstumsgesellschaft aufzeigen, denn ein gutes Leben für alle ist möglich! Organisiert ein Picknick und diskutiert über »ein gutes Leben für alle« – Wandel beginnt oft bei einer entspannten Unterhaltung mit gutem Essen. Natürlich sind auch andere Formate möglich:

Von der Diskussionsrunde mit Postwachstumsvertreter*innen, einer Fahrradttour zu Pionier*innen wie der lokalen Solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi), einem Besuch beim nächsten Repair Café bis hin zur Protestaktion vor einem Kohlekraftwerk...in welcher Form Wachstumskritik und gelebte Alternativen thematisiert und sichtbar gemacht werden, entscheidet ihr selbst. Wir empfehlen, während, vor oder nach der Veranstaltung auch dem gemeinschaftlichen (konvivialen) Aspekt Raum zu geben, so dass sich alle bei Essen und Getränken miteinander austauschen können.

Auf unserer Website findet ihr eine Ideensammlung mit inspirierenden Beispielen und Hilfestellungen für die Organisation von Veranstaltungen: www.degrowth.info/de/globalday
Ihr habt schon eine Idee für eine Aktion? Alle Aktionen könnt ihr selbst über diese Website bis zum 24. Mai 2019 ankündigen.
Kontakt: globalday@degrowth.net

MELDUNGEN

Blog »Am Horizont das Plastikmeer«

In Südspanien wird ein Großteil des Gemüses für den europäischen Markt produziert. Die meiste Arbeit wird dabei von Migrant*innen geleistet, oft unter höchst fragwürdigen Bedingungen. Um die Situation vor Ort kennenzulernen, haben Studierende und Forschende des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Uni Osnabrück im Frühling 2018 eine Exkursion nach Almería unternommen. Daraus ist ein Blog entstanden, der die gemachten Erfahrungen reflektiert und Hintergrundinfos liefert. Artikel zu Arbeit, Produktion und Gewerkschaften, aber auch zu Rassismus und Sexismus sowie Konsum und Alternativen sind hier versammelt.

Link www.ahdp.uni-osnabrueck.de

In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Im Januar ist die Plattform »In welcher Gesellschaft wollen wir leben?« an den Start gegangen. Die themen- und spektrenübergreifende Initiative will (noch) nicht in aktuelle Mobilisierungen intervenieren, sondern mittelfristig über Aktionstage und Kampagnen hinaus die Perspektive einer gemeinsamen Bewegung stark machen. Als Auftakt dient das gleichnamige Manifest. Auf der Webseite sind unterschiedliche Bewegungen vertreten, u.a. Care, Klimagerechtigkeit, Arbeitskämpfe und Solidarische Stadt. Ein zentraler Treffpunkt soll die Strategiekonferenz der Bewegungsstiftung vom 18. bis 20. Oktober in Berlin sein.

Link: www.welche-gesellschaft.org
Kontakt: welche-gesellschaft@riseup.net

Film über Land Grabbing in Sambia

Zwischenzeit e.V. hat in Kooperation mit FIAN e.V. einen Film über deutsche Agrarinvestitionen, Land Grabbing und Ernährungssouveränität in Sambia produziert. Die Dokumentaton ist in deutscher, englischer und spanischer Fassung kostenlos auf der Homepage anzusehen. Die Filme werden erweitert durch Hintergrundberichte von FIAN. »Landhunger in Sambia« ist zudem in voller Länge auf youtube zu finden.

Link: www.zwischenzeit-muenster.de/Sambia-deut.html

ANZEIGEN

SELBSTORGANISATION IN GRIECHENLAND

Die Zeitung der Journalist*innen

Nach der Schließung ihrer Tageszeitung haben Journalist*innen eine eigene Zeitung gegründet, in der alle Mitarbeitenden eine Stimme haben und das gleiche Gehalt erhalten. Wir besuchen die Redaktion in Athen und sprechen über die Hintergründe und den Alltag.

ANJA LENKEIT UND DAVID KLÄSSIG, KÖLN

Auf einer Speakerstour 2012 in Köln haben wir Dina als Vertreterin der Journalist*innen kennengelernt, als sie von der Lage in Griechenland berichtete. Als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise lichtete sich der üppige griechische Blätterwald, welcher stark konservativ geprägt ist. Zu den wichtigen linken Zeitungen zählte auch »Eleftherotypia«, welche 1975 als kollektive und selbstorganisierte Zeitung gegründet, später aber durch die Brüder Tegopoulos übernommen wurde. Dina und ihre Kolleg*innen konnten im Zuge der Krise nicht mehr bezahlt werden, arbeiteten trotzdem aus idealistischen Gründen für die Zeitung weiter.

In Athen wollten wir uns mit ihr treffen und fragen, wie es mit der Zeitung und den Kolleg*innen weiter gegangen ist. Schnell war klar: Dina arbeitet weiterhin engagiert – das erste Treffen musste sie wegen eines Journalist*innenstreiks absagen, beim zweiten Versuch kündigte das kanadische Unternehmen Eldorado den Rückzug aus Griechenland an, und sie musste zur Pressekonferenz. Doch beim dritten Versuch haben wir sie und Kolleg*innen in der Redaktion ihrer neuen Zeitung »Efimerida Syntakton« (EFSYN – Zeitung der Journalist*innen) treffen können.

Viele der Journalist*innen von EFSYN waren bei »Eleftherotypia« angestellt und standen nach der endgültigen Schließung vor der Frage, wie es weitergehen soll. Eine ähnliche Zeitung existierte nicht, und sie konnten sich nicht vorstellen, in einem der konservativen Häuser angestellt zu sein. Also wählten sie einen anderen Weg und gründeten 2012 ihre eigene Zeitung. Nun, im siebten Jahr, können von dem Medienerzeugnis 150 Personen leben.

▲ Kollektiv und unabhängig organisiert: Die Zeitung EFSYN gehört inzwischen zu den TOP 5 der Zeitungen in Griechenland.

Foto: Anja Lenkeit/David Klässig

Wobei alle Mitarbeiter*innen das gleiche Gehalt bekommen, mit Ausnahme des Chefredakteurs. Dieser arbeitet ehrenamtlich und kam für das Projekt aus dem Ruhestand zurück: Nicholas Voulelis, dessen unbequemer Geist ihm politische Gefangenschaft während der Militär-Junta (1967 bis 1974), einbrachte.

Dina erläutert, dass es für selbstorganisierte, kollektive Unternehmen in Griechenland keine passende Rechtsform gibt, sodass sich die Zeitung offiziell als »Limited« firmierte, ähnlich einer GmbH. Die interne Organisationsform sei jedoch kollektiv, d.h. die Mitarbeiter*innen bestimmen die allgemeinen Grundsätze der Zeitung und wählen Vertreter*innen aus ihren Reihen, welche das Tagesgeschäft händeln und die offiziellen Positionen besetzen. Mindestens einmal, meistens zweimal im Monat finden Versammlungen statt, bei denen jede*r Mitarbeiter*in eine Stimme hat und Konsensentscheidungen angestrebt werden. Unter bestimmten Umständen können Mitarbeiter*innen außerordentliche Versammlungen einberufen.

Dem höheren organisatorischen Aufwand und der größeren Eigenverantwortung stehe eine unglaubliche Freiheit der journalistischen Arbeit gegenüber, berichteten uns Mitarbeiter*innen. Es gebe keine Haltelinien oder Denkverbote, jede Person sei völlig unabhängig in ihrer Berichterstattung. Zwar kann in der Zeitung auch Werbung geschaltet werden, doch die Mitarbeiter*innen entscheiden gemeinsam, wer in ihrer Zeitung werben darf.

Das Projekt war nicht immer einfach – vor allem der Anfang war schwierig, resümiert Dina. Es mussten Entscheidungen getroffen werden, an die in der Anfangseuphorie niemand dachte: »Wie und wo drucken wir, wie gehen wir mit möglichen Sponsor*innen um, usw.?« Auch die heterogenen Lebensläufe waren herausfordernd – von mitte-links bis zu anarchistischen Ansichten, von ideologischer Überzeugung bis zu reiner Angst vor Arbeitslosigkeit als Beweggrund für die Zusammenarbeit, von Erfahrungen in demokratischen linken Strukturen bis zu Neulingen mit diesen Abläufen. Dass nun alle gemeinsam verantwortlich sind und es keinen Chef, d.h. notfalls auch keinen entscheidungstragenden Intermediär, gibt, birgt natürlich Konfliktpotential. So müssen organisatorische Aufgaben kollektiv von Journalist*innen übernommen, werden, die sicherlich kompetent in ihrem jeweiligen Ressort sind, jedoch nie eine Zeitung gemanagt haben.

Zudem kommt die Frage auf, wie sich Sanktionen bei Fehlverhalten einrichten lassen, die für die Arbeit notwendige, für die zwischenmenschlichen Beziehungen aber nachteilige Auswirkungen nach sich ziehen. Es gibt keine Möglichkeit, Mitarbeitende zu entlassen oder neue einzustellen.

Eine weitere Schwierigkeit, gerade in der Anfangszeit, war die Akzeptanz in der Wirtschaft und manchen politischen Kreisen, ausgenommen der rechtsradikalen Parteien, denn mit denen redet EFSYN aus Prinzip nicht. So kam und kommt es schonmal vor, wie zuletzt bei Eldorado, dass »vergessen« wird, eine Einladung zu Pressekonferenzen auszusprechen. Doch die Journalist*innen von EFSYN sind hartnäckig und erscheinen trotzdem.

Trotzdem oder vielleicht auch deswegen, gehört EFSYN inzwischen zu den Top 5 Tageszeitungen und findet sich in der Top 3 der meistgelesenen Sonntagszeitungen, erzählt Dina, mit Recht ein wenig stolz. Aufgrund ihrer Unabhängigkeit von Geldgeber*innen erhalten sie teilweise eine größere Zustimmung als die etablierten Zeitungen, die für viele ein interessenpolitisches Instrument der Oligarchie darstellen. Aus diesem Grund würde auch wenig Geld in investigativen Journalismus investiert. Somit füllt die Zeitung, die ihren Journalist*innen gehört, eine Lücke und stellt als selbstverwaltetes Projekt eine Besonderheit dar, weil es aus einer absoluten Notwendigkeit entstanden ist.

Wir lernen reisend

Anja Lenkeit und David Klässig sind Sozialwissenschaftler*innen, die im Zuge mehrerer Forschungsreisen selbstorganisierte Projekte in Griechenland und Spanien besucht haben. Das Ziel war es, mit den Beteiligten über die Themen Soziale Bewegungen, Selbstorganisation und Institutionalisierung zu sprechen, um sich ein eigenes, ungefiltertes Bild zu verschaffen. Im Sinne der Projekte und der dahinterstehenden Philosophien sind sie zu dem Schluss gekommen, dass sie diese für alle interessierten Personen zugänglich machen möchten. Jeden Monat stellen sie in der CONTRASTE eines der Projekte vor.

Mehr auf ihrem Blog unter: www.wirlernenreisend.wordpress.com

KOLLEKTIVE BERATUNGSSCHNIPSEL

AG Beratung

...auf das Kleingedruckte kommt es an

Am Anfang der AGBeratung stand der RGW – der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, eine Berliner Beratungsstelle, die seit 25 Jahren kollektive Projekte aller Art berät. Über die Jahre wurden die Mitglieder des RGW weniger und älter. Das angesammelte Wissen sollte aber nicht verloren gehen und so wurde Nachwuchs gesucht. Das neue Beratungskollektiv entwickelt seine eigene Struktur und Arbeitsweise, kann dabei aber aus dem Erfahrungspool 25jähriger Beratungsarbeit schöpfen. Diese Kolumne erzählt Geschichten aus dem Beratungsalltag.

www.agberatung-berlin.org

Märchenstunde

»Wie habt ihr das eigentlich früher gemacht?«, lautet in Beratschlagungen eine häufig gestellte Frage. Sie wird nicht nur, aber vornehmlich an die gerichtet, bei denen z.B. die ergrauten Haare auf eine schon länger gelebte Mindesthaltbarkeitsdauer hindeuten. Soll die Beratung etwa zu einer Märchenstunde über den linken Zauberwald der vergangenen späten 70iger werden? Halb geschmeichelt und halb irritiert lehne ich mich zurück. Was hat denn das jetzt bitte mit der aktuellen Situation in eurem Projekt zu tun, was soll so ein Rückblick bringen?

Nun, bei genauerem Betrachten gibt es in den letzten zehn bis 15 Jahren eine durchaus weit verbreitete Neugierde an der Vergangenheit, besonders unter Projektstarter*innen. Diese verwundert und erfreut zugleich. Es verwundert deshalb, weil wir in den 70ern und 80ern auch niemanden hatten, den/die wir hätten so etwas fragen können. Und selbst wenn, wir hätten die Antworten gepflegt ignoriert, weil wir ohnehin alles besser wussten und natürlich auch konnten. »Learning by doing« und »Versuch & Irrtum« – das waren die Prinzipien, auch wenn uns unsere Experimente gelegentlich um die Ohren geflogen sind. Es erfreut andererseits, dass sich jemand für die Erkenntnisse aus den Jahrzehnten interessiert, und zwar für die praktische Nutzanwendung und nicht für den Sammelband »40 Jahre taz«. Die vielen selbstverwalteten Leiden(schaften) – im wahrsten Sinne des Wortes – bekommen somit eine späte Ehrung. Wirklich?

Es geht also um Erfahrungen. Sie versprechen vielleicht, Orientierung zu geben, die Wiederholung von Fehlern zu vermeiden, Bewährtes zu nutzen, Bestätigung der eigenen Ziele zu liefern, mutmachend zu wirken oder Enttäuschungen präventiv zu umgehen. Das alles steckt in der Neugierde, mindestens. Doch jegliche Erfahrungen, auch die der linken, selbstorganisierten Gemeinschaftsprojekte, sind Spiegelbild gesellschaftlicher Wirklichkeit. Sie lassen sich nur deuten, be- und auswerten vor der jeweiligen Kulisse, in der sie gemacht, also »erfahren« wurden, individuell und gesellschaftlich. Eine spätere Wiederverwendung oder ein Recycling ist nicht möglich. Über und aus Erfahrungen können wir erzählen, doch sie können nicht einfach weitergegeben werden, jedenfalls nicht im Sinne von direkter Übertragung!

Trotzdem sind sie als scheinbar wertvoller Schatz in aller Munde, werden als Qualitätsmerkmal von Menschen und Institutionen hoch gehandelt. Und können Gruppen doch so lästig werden. Besonders wenn Neues beschlossen werden soll, murmelt ein Background-Chor in Gruppen nicht selten: »Das haben wir doch schon probiert, da haben wir aber schlechte Erfahrungen mit gemacht, das klappt erfahrungsgemäß nicht, … «

Ja, was denn nun? In unserer Beratungsarbeit besteht die Hauptaufgabe in einer vorangehenden Transformation dieses besonderen Wissens. Es muss zuvor auf die aktuellen Bedingungen übersetzt, angepasst, sortiert und gefiltert werden, wenn der Versuch einer Vermittlung nicht in einer linken Märchenstunde münden soll. So eine mag manchmal bei den Beteiligten zwar für leuchtende Augen sorgen, doch ein sinnvoller Beitrag zu einem aktuellen Vorgang kommt so nicht zustande. Und das ist auch sehr gut so. Denn jedes Vorhaben hat ein Recht auf seine eigenen Fehler. Sie sind sogar für eine solide und offene Entwicklung von Gruppen unerlässlich, denn sie liefern den Lernstoff für wichtige Entscheidungsprozesse in Gemeinschaften. Auch wenn sie gelegentlich als sehr ärgerlich und nervend empfunden werden.

»Aus Erfahrung gut«, dieser alte Werbeslogan stimmt selten. Erfahrungen helfen halt nicht wirklich weiter, doch ohne sie gelingt auch selten ein »Sprung nach vorn«. Das ist doch einfach zu verstehen, oder?

Wilfried Schwarz

ANARCHO-KARNEVALIST*INNEN IN KÖLN

Pappnasen Rotschwarz

ARIANE DETTLOFF, REDAKTION KÖLN

Seit 2007 feiert die alternative Kölner Karnevals-Gruppe »Pappnasen Rotschwarz« auf besondere Art »Fastelovend«: Mit 80 bis 100 Jecken setzt sie sich im »Zoch vor dem Zoch« an die Spitze des Rosenmontagzuges und bietet ein satirisches Frohsinn-Spektakel – gemeinsam mit Menschen von ATTAC-Köln, Occupy-Cologne und anderen Untergrundjecken.

Die »Nasen« texten Karnevalslieder um, tragen riesige Plakatkarikaturen und Großpuppen (2019 mussten die leider wegen Sturmtief Eberhard zu Hause bleiben). Sie zelebrieren alle Jahre wieder ihren selbstorganisierten neuen Weg, die alte obrigkeitskritische Tradition des Karnevals wiederzubeleben.

Und was tat die Obrigkeit? Sie startete zunächst zwei Ermittlungsverfahren gegen die Initiatoren wegen »Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz«. Obwohl die Pappnasen extra ein Schild mit sich führten: »Lieber Herr Staatsanwalt! Wir sind nur ein Karnevalsverein!« Inzwischen haben die Paragraphenreiterkorps von Staatsanwaltschaft und Polizei sich allerdings der jecken Macht des Faktischen gebeugt.

»Uns Sproch es Heimat« lautete dieses Jahr das offizielle Sessions-Motto. Die Rotschwarzen verulkten es bissig: »Uns Sproch: Heimat instandbesätze!« Und sie zogen her über die »Heimatvertreiber«: Waffenhändler weltweit, RWE in den Braunkohlegebieten, Miethaie bei der Gentrifizierung, Bayer/Monsanto bei Insekten und Bienen.

»Wir Pappnasen Rotschwarz sind eine offene Gruppe und nehmen gern Jecken auf, die unseren Ansatz gut finden. Wir können nicht singen und tun es umso lauter. Wir haben stets ein paar giftige Lieder im Köcher gegen Rassisten, Kapitalisten und Finanzmarktmafiabrüder«, schreiben die etwas anderen Jecken auf ihrer Website, und: »Kommt mit uns! Werdet Nasen!«

Link: http://pappnasen-rotschwarz.de

Fotos: Herbert Sauerwein

ZU BESUCH BEI EINER KAFFEEKOOPERATIVE IM CAUCA

Cambio de Mano – gegenseitige Hilfe

▲ Titelbild der Broschüre »Land, Kultur und Autonomie«: Die indigene Bewegung im Cauca macht auch auf Demonstrationen auf sich aufmerksam. Foto: Jorge Mata

Im Januar hat Zwischenzeit e.V. eine neue Broschüre veröffentlicht. Im Mittelpunkt steht die emanzipatorische soziale Bewegung CRIC (spanisch: Consejo Regional Indígena del Cauca), die im Regionalen Rat der Indigenen im Südwesten Kolumbiens organisiert ist. Die beiden Artikel auf dieser Seite, die einen Einblick in die Organisierung der Kaffeebäuer*innen der CRIC geben, sind der Broschüre entnommen.

JOCHEN SCHÜLLER, ZWISCHENZEIT E.V.

Um zu den Kaffeebäuerinnen und -bauern zu gelangen muss ich eine mehrstündige Autofahrt von Popayán in den Norden des Cauca unternehmen. Die Fahrt von Popayán, der Hauptstadt des Departements, über die »Panamericana« ist kurz vor der Stadt Santander de Quilichao zu Ende. Über Nebenstraßen geht es weiter nach Osten in die Berge der mittleren Anden-Kordillere. Irgendwann wäre es ohne Allradantrieb nicht mehr weiter gegangen. Der Regen hat die unbefestigte Straße in eine Schlammpiste verwandelt. Das Strukturproblem der Region wird einem hier plastisch vor Augen geführt. Die Wege sind weit, die Ortschaften schwer zugänglich. Wie sollen die Kleinbauern und -bäuerinnen von dort oben ihre Waren zu den Märkten ins Tal bringen?

In dem Weiler Guaítala im »Resguardo Munchique de los Tigres« werden wir von knapp einem Dutzend Mitglieder der dortigen Kaffeegenossenschaft empfangen. »Wir sind insgesamt 14 Mitglieder, die sich hier zusammengetan haben«, erklärt Maria Eugenia Pilcue. Zusammen steigen wir nach einer kurzen Begrüßung gleich den Hügel hinauf. Die Hanglagen im Norden des Cauca sind ideal für die Produktion des hochwertigen Arabica. Es geht stramm bergauf, schon bald erreichen wir die erste Parzelle. Zwischen Büschen und Bäumen wachsen die Kaffeepflanzen. Der Kaffee braucht Schatten und daher wächst und sprießt hier vieles in Mischkultur. Sogleich beginnen die Mitglieder der Kooperative mit der Ernte des Kaffees. Behände pflückt Maria Eugenia die roten Bohnen vom Kaffeestrauch, der sie kaum überragt, und lässt sie gekonnt in den Blecheimer fallen, den sie sich vor den Bauch gebunden hat.

»Nein, Monokultur haben wir hier nicht!«, erklärt María Eugenia. Bananen, Zuckerrohr und verschiedene Obstbäume wachsen hier ebenfalls. Zitronen und Orangen und etliche Guama-Bäume, die viel Schatten spenden. Deren dicke lange braune Schoten enthalten ein Dutzend Kerne, die mit überaus saftigem Fruchtfleisch umgeben sind. Ein erfrischender Snack bei der harten Arbeit an den steilen Hängen. »Wenn die Kaffeepflanzen noch klein sind, pflanzen wir dazwischen auch Mais und Bohnen«, erklärt María. »Wir bauen schon immer Kaffee an. Aber seit 2006 haben wir uns der CENCOIC angeschlossen und arbeiten hier gemeinsam.« Die Vorteile der Zusammenarbeit mit der zentralen Genossenschaft der Indigenen im Cauca (CENCOIC) sind offenkundig: »Das läuft für uns ziemlich gut. Am Ende des Jahres zahlt die CENCOIC einen Bonus aus. Damit können wir dann kaufen, was uns fehlt, zum Beispiel das Zink für das Dach vom Haus.«

Auch vom solidarischen Handel mit Europa hat María Eugenia gehört: »Früher hat das nicht viel gebracht, jetzt kommt schon mehr bei uns an!« Aber für die Kaffeebäuerin und ihre Kolleg*innen bringt die Zusammenarbeit mit der CENCOIC noch andere Vorteile. Zusammen mit der CENCOIC haben sie einen Lagerraum gebaut, wo der geerntete Kaffee gemeinschaftlich gelagert wird und von der CENCOIC auch abgeholt wird. Das erspart den Weg ins Tal, den früher alle individuell organisieren und finanzieren mussten. Beim Verkauf in Santander de Quilichao waren sie dann den »Coyotes«, den üblichen Kaffeehändlern, und den schwankenden Weltmarktpreisen ausgeliefert. Die CENCOIC hingegen ist Teil der eigenen indigenen Bewegung und ein fairer Partner für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung in den indigenen Gemeinschaften. Die Förderung der Kaffeevermarktung zum Wohle der indigenen Kleinbauernfamilien ist eine zentrale Aufgabe. Das gelingt insbesondere über den solidarischen Handel. Doch die CENCOIC begleitet und berät die Kleinbäuerinnen der indigenen Gemeinschaften auch tatkräftig (siehe Interview unten).

Vor der Abreise nach Popayán zeigen mir die Genossenschaftsmitglieder noch stolz das Gebäude, das sie mit Unterstützung der CENCOIC gebaut haben: Im Souterrain werden die getrockneten Kaffeebohnen bis zum Abtransport gelagert, oben ist die »Tienda Comunitaria«, der gemeinschaftliche Laden, in dem überwiegend Lebensmittel und Produkte für den Alltag verkauft werden. »Wir kaufen Produkte außerhalb ein und verkaufen sie dann hier wieder. Von den Gewinnen profitieren die Mitglieder, wir aus unserem Dorf, aber auch der lokale Rat von Munchique. Auch die Gemeinschaft hat etwas davon: Du musst jetzt nicht mehr den langen Weg in die Stadt machen«, erklärt ein Mitglied der Genossenschaft. »Wir haben mit dem Laden außerdem einen Arbeitsplatz geschaffen!« Eine Frau führt den Laden mit seinen bunten Auslagen: Drogerie-Waren, Lebensmittel, Getränke – und Süßigkeiten! Wir scherzen und erzählen noch eine Weile, schließlich ist der Laden auch Treffpunkt und Klönstube. Dann machen wir uns auf den langen Weg zurück nach Popayán.

ZENTRALE GENOSSENSCHAFT DER INDIGENEN IM CAUCA

Kleinproduzent*innen direkt unterstützen

Magalí Hoyos arbeitet im Kaffee-Handel der »Zentralen Genossenschaft der Indigenen im Cauca« (CENCOIC). Die CENCOIC will die Entwicklung der Wirtschaft der indigenen Gemeinschaften unterstützen und stärken, dabei spielen Kaffee-Anbau und -Verkauf eine zentrale Rolle. Die CENCOIC ist Teil der Strukturen des CRIC, daher sind hier auch Mitarbeiter*innen aus allen indigenen Gruppen des Cauca beschäftigt. Jochen Schüller von Zwischenzeit e.V. hat mit Magalí Hoyos vor Ort gesprochen.

Was ist die Aufgabe von CENCOIC?

CENCOIC will die Wirtschaft der Indigenen stärken. Die indigene Bewegung ist immer weiter gewachsen und ist politisch immer stärker geworden, auch was Gesundheit und Bildung betrifft. Doch sie war immer schwach in Bezug auf die eigene Wirtschaft. Deshalb wollen wir insbesondere die Produktion stärken und die Vermarktung der eigenen Produkte voranbringen. Seit 2011 bietet CENCOIC den Kaffee-Bäuer*innen eine Alternative zum herkömmlichen Markt. Das geschieht durch die direkte Vermarktung und den Export des Kaffees. Dadurch werden die Kleinproduzent*innen direkt unterstützt.

Welche Bedeutung haben dabei solidarische Gruppen wie z.B. das Kaffeekollektiv Aroma Zapatista in Deutschland?

Solche Beziehungen sind immens wichtig: Aroma Zapatista – wie auch andere solidarische Gruppen – arbeiten im Sinne der Solidarität, der gegenseitigen Unterstützung. Hier arbeiten verschiedene solidarische Organisationen zusammen, schließlich verfolgen auch CRIC und CENCOIC die Ziele der solidarischen Ökonomie. Wir versuchen, solche Beziehungen weiter aufzubauen und uns gegenseitig zu unterstützen.

Der Kaffee bringt Vorteile, aber gibt es auch Nachteile? Wie sieht es mit der Produktion von Lebensmitteln aus, steht das in Konkurrenz zueinander?

Die Politik der CENCOIC verfolgt das Ziel, eine diversifizierte Produktion zu fördern. Neben dem Kaffee sollten auch andere Lebensmittel produziert werden. Bei den Nasa-Gemeinschaften, in denen wir den größten Teil des Kaffees produzieren, spricht man vom »Tul«. In diesen speziellen Gärten bauen sie eine Vielfalt von Lebensmitteln an, neben Kaffee eben auch Yucca, Bananen und mehr. Wir wollen keine Monokulturen, sondern Vielfalt in der Produktion. Es hat keinen Sinn, nur Kaffee anzubauen und dann Lebensmittel von außerhalb zu kaufen. Wir möchten bei unserer Ernährung autonom bleiben.

Welche Bedeutung hat der faire Handel?

Der »faire« Handel ist eine Option, wenn er den Kleinproduzent*innen ein etwas höheres Einkommen beschert. Aber der »faire« Handel ist sehr gewachsen, viele große Kooperativen werden nun auch zertifiziert. Der »faire« Handel braucht immer größere Mengen. Und es gibt Konkurrenz innerhalb des »fairen« Handels. Selbst der große Verband der Kaffee-Produzenten hat nun zertifizierten Kaffee im Programm. Gleichzeitig werden wir herausgedrängt, weil unser Kaffee von den Kleinproduzent*innen immer etwas teurer ist. Sie kaufen ihn einfach nicht mehr. Viele Einkäufer suchen große Mengen; die sozialen Prozesse und Projekte der Kleinbauernfamilien interessieren sie nicht mehr. Auch im »fairen« Handel ist es hart geworden. Wir werden weiter an der Qualität unseres Kaffees arbeiten. Zusätzlich werden wir uns um die eigenen Strukturen kümmern, um den Kaffee in den eigenen Gemeinschaften besser vermarkten und verkaufen zu können.

Welche Bedeutung haben Frauen in der indigenen Bewegung und in den Kooperativen?

Die CENCOIC ist gegen jede Diskriminierung. Die Rolle der Frauen ist fundamental – als Kaffeeproduzentin oder auch bei der CENCOIC: Hier arbeiten auch mehrheitlich Frauen. Unter den Produzent*innen und Mitgliedern haben wir gleich viele Frauen wie Männer. Und die Arbeit dieser Frauen wird sehr geschätzt. Es gibt auch die Idee für einen reinen »Frauen-Kaffee«, aber das haben wir bislang noch nicht umsetzen können.

Was wäre denn ein solcher »Frauen-Kaffee«?

Einer, der nur von Frauen produziert wird. Zum Beispiel von Frauen, die Familienoberhaupt, also alleinerziehend sind, weil ihre Männer umgebracht wurden. Frauen, die in besonderer Art vom Verkauf des Kaffees abhängen. Das wäre ein sehr schönes Projekt: ein Kaffee von indigenen Frauen.

Broschüre: Die indigene Bewegung im Cauca

»Landbesetzungen und Straßenblockaden, Guardia Indígena und eigene Regierung – sie wirken vermessen in ihren Forderungen. Doch diese Forderungen sind legitim. Sie sind unnachgiebig im Streiten für Gerechtigkeit für Mensch und Natur, gegen Freihandel und das kapitalistische Wachstumsmodell. Sie sind utopisch, doch führen sie einen sehr realen Kampf und haben als Speerspitze im Widerstand gegen den ultrarechten Álvaro Uribe zur Formierung einer breiten zivilen Bewegung beigetragen.«

Ende Januar kam sie frisch aus dem Druck – die Broschüre »Land, Kultur und Autonomie« über die indigene Bewegung im Cauca. Die 44-seitige Broschüre im DIN A4-Format will ein erstes Kennenlernen dieser indigenen Bewegung im Cauca ermöglichen.

Kosten: 1 Euro + Versandkosten / Bestellung: liste@zwischenzeit-muenster.de

Weitere Infos und ein Überblick des Inhalts: www.zwischenzeit-muenster.de

ANZEIGE

DORFLADENGENOSSENSCHAFT SCHWEIGHAUSEN

Ort der Begegnung mit Einkaufserlebnis

Vor 150 Tagen wurde der Dorfladen nach langer Planung feierlich eröffnet. In dieser Zeit hat er sich zu einem Treffpunkt im »Bergdorf« Schweighausen entwickelt, ein Ortsteil der Gemeinde Schuttertal, rund 40 km von Freiburg entfernt. Ganz so, wie es sich die Verantwortlichen gewünscht haben. Über ihre Erfahrungen der vergangenen gut fünf Monate haben sie bei einer Tasse Kaffee berichtet.

KARL KOVACS, LAHR

▲ In Schweighausen öffnete kürzlich der jüngste genossenschaftliche Dorfladen seine Türen. Foto: Karl Kovacs

»Wir sind überrascht und erfreut, dass die Menschen auch über den Neugier-Effekt hinaus in den Dorfladen kommen«, sagt Rainer Wenglein, einer der Vorstände der Dorfladen-Genossenschaft. Er sitzt mit seinen Vorstandskollegen Stefan Göppert und Eugen Göppert sowie Marktleiterin Martina Kaspar-Rothweiler im Café des Ladens an einem der Holztische. Sie sind stolz auf das, was in den vergangenen Monaten entstanden ist. Das sieht man ihnen an. »Die Arbeit hat sich gelohnt. Es ist eine tolle Bestätigung, wenn man sieht, dass es läuft«, fasst Eugen Göppert zusammen. Vor vier Jahren, als die Idee des Dorfladens öffentlich gemacht worden war, sei die Entwicklung nicht absehbar gewesen.

Treffpunkt gemeinsames Frühstück

Es ist kurz nach 8 Uhr an einem Mittwoch. Der richtige Zeitpunkt, um sich zu unterhalten. Noch ist nicht so viel los. Das ändert sich, sobald die ersten Leute zum Frühstück oder Kaffee trinken kommen und bedient werden wollen oder ihre Einkäufe im Laden erledigen. Das Sortiment reicht von Obst und Gemüse über Dinge des alltäglichen Lebens bis hin zu Spezialitäten wie Spirituosen aus der Region. »Die Leute kaufen im Laden ein. Und zwar nicht nur, wenn sie noch schnell etwas brauchen. Viele erledigen hier ihren normalen Einkauf«, weiß Eugen Göppert zu berichten. Das Sortiment sei für einen Dorfladen sehr umfangreich. Dennoch, ergänzt Kaspar-Rothweiler, werde man weiter die Augen offenhalten, besonders nach regionalen Produkten. »Und wenn Kunden etwas anregen, versuchen wir es, ins Sortiment aufzunehmen. Dann schauen wir, ob es angenommen wird oder nicht.«

Von Anfang an sollte der Dorfladen mehr sein als ein kleiner Supermarkt. Vor allem das angeschlossene Café, so die Idee, sollte die Besucher dazu animieren, länger zu bleiben, miteinander ins Gespräch zu kommen. Es sollte ein neuer Treffpunkt fürs Dorf werden. Das sei gelungen, betont Eugen Göppert: »Viele Leute aus dem Dorf, auch solche, die man sonst nicht unbedingt sieht, kommen zu uns. Der Laden hat Schweighausen lebendiger gemacht.« Das Publikum sei bunt gemischt, ergänzt Rainer Wenglein.

Zu den Gästen zählen junge Mütter, die sich zum gemeinsamen Frühstück treffen, ältere Damen und Herren, Jugendliche, die sich von ihrem Taschengeld eine Limo oder Süßigkeiten kaufen. Auch viele Auswärtige kämen, um sich den Dorfladen anzuschauen. Besonders beliebt sei das Frühstück, erzählt Kaspar-Rothweiler. »Am Wochenende bekommt man einen Platz nur mit Reservierung«, sagt sie freudestrahlend. Eine Woche vorher sollte man sich einen Platz sichern.

Neben Kaspar-Rothweiler arbeiten zwei Teilzeitkräfte und sechs Minijobber im Dorfladen. »Da dürfen noch gern weitere hinzukommen«, sagt Wenglein. Außerdem setzten die Verantwortlichen auf ehrenamtliches Engagement. Es gibt einen Pool mit aktuell knapp 60 Ehrenamtlichen, die sich bereit erklärt haben, bei Bedarf zu helfen.

Darunter sind Rentner, Leute zwischen 30 und 40, aber auch Jugendliche. Sie übernehmen Schichten im Laden, helfen beim Putzen oder Einräumen. Auch die Vorstände, allesamt selbst berufstätig, sind nahezu täglich da, vor allem aber am Wochenende. »Außerdem ist natürlich unsere ehrenamtliche Backgruppe im Einsatz«, sagt Kaspar-Rothweiler und deutet auf die Vitrine, in der wieder fünf frisch gebackene Kuchen darauf warten, bestellt zu werden. »Die acht Frauen beobachten den Kuchenverkauf und sorgen für Nachschub.

An sieben Tagen die Woche hat der Dorfladen geöffnet. »Das ist eine Herkulesaufgabe«, bestätigt Stefan Göppert. Die Öffnungszeiten hätten sich aber bewährt und es gebe keinen Grund, sie zu reduzieren, versichert er.

Und was bringt die Zukunft? Derzeit wird an einer Kundenumfrage gearbeitet. Dabei geht es laut Rainer Wenglein unter anderem um das Sortiment im Laden. Längerfristig soll auch der Keller, das einzige Überbleibsel des früheren Gasthauses Sonne, für besondere Veranstaltungen genutzt werden. Die Vorstände denken an Wein- und Whisky-Proben. Dafür müsse der Keller aber hergerichtet werden. Aktuell hat die Genossenschaft 317 Mitglieder. Insgesamt 649 Anteile zu je 100 Euro wurden bislang gezeichnet.

Weitere Informationen unter: www.dorfladen-schweighausen.de

Der Artikel ist ebenfalls erschienen in der Badischen Zeitung

Dorfladen des Jahres

Die Genossenschaft »s'Lädele« aus Schienen wurde auf der Grünen Woche in Berlin Anfang des Jahres mit der Auszeichnung »Dorfladen des Jahres« durch die Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden geehrt. Sie bekam die Auszeichnung in der Kategorie »Kleine Dörfer«, was Schienen mit seinen 670 Einwohnern zweifellos ist. Als David biete sie den immer größer werdenden Goliaths, eben den Supermärkten und Discountern, mit ihren gerade einmal 50 qm erfolgreich Paroli. Das Dorf hat dadurch einen kleinen pulsierenden Mittelpunkt. 250 Haushalte in Schienen und Umgebung sind Mitglieder der Genossenschaft. Sie wurde 2006 gegründet, als das Dorf zum Schlafdorf ohne eigenes Geschäft zu werden drohte.

ERFAHRUNGEN VON DORFLADENGENOSSENSCHAFTEN MIT PRÜFUNGSVERBÄNDEN

Bemerkenswerte Unterschiede

Die Dorfladen-Bundesvereinigung führte bei Dorfläden in der Rechtsform der eG eine Umfrage zu Prüfungshäufigkeit und Prüfungskosten durch, die den Dorfladen-Genossenschaften von den Prüfungsverbänden in Rechnung gestellt werden. Die Bundesvereinigung stellte bemerkenswerte Unterschiede bei den Genossenschaftsverbänden fest. Eine Dorfladen eG konnte dank der Umfrageergebnisse 1.132 Euro einsparen. Sie wurden dem kleinen Dorfladen, einem »Non-Profit-Geschäft« aus Baden-Württemberg, von dem teuersten Prüfungsverband erstattet.

GÜNTER LÜHNING, OTERSEN

Die 2016 gegründete Dorfladen-Bundesvereinigung führt auf Anregung ihrer inzwischen fast 100 Mitglieder oder in Eigeninitiative Umfragen per E-Mail durch. Sie sammelt auf diese Weise »Schwarmwissen«, das den Mitgliedsbetrieben zu Gute kommt. Auf diese Weise muss nicht jeder bürgerschaftlich geführte Dorfladen das Rad neu erfinden und Negativ-Erfahrungen bleiben anderen Selbsthilfeeinrichtungen zur ländlichen Nahversorgung erspart.

Die jüngste Umfrage der »Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden« brachte ganz unterschiedliche Ergebnisse ans Licht. Während einige Prüfungsverbände alle zwei Jahre eine Dorfladen-Prüfung durchführen, werden andere Dorfladen-Genossenschaften jährlich geprüft. Ganz unterschiedlich ist auch die Prüfungsdauer. Die Bandbreite reicht von eineinhalb Prüfungstagen bis zu vier Prüfungstagen, so dass die Prüfungskosten bei Tagessätzen von 600 bis 755 Euro stark voneinander abweichen. Zweieinhalb zusätzliche Prüfungstage verursachen schnell Mehrkosten von 1.750 Euro je Prüfung.

Die Dorfladen-Bundesvereinigung wies einen kleinen Dorfladen in Süddeutschland daraufhin, dass er von seinem Prüfungsverband mit den höchsten Prüfungskosten belastet wurde. Das kleine »Non-Profit«-Geschäft nutzte dieses Schwarmwissen zu einer Beschwerde und bekam insgesamt 1.132 Euro Netto als Gutschrift erstattet.

Der Nutzen vieler Prüfungsberichte der Genossenschaftsverbände darf bezweifelt und in Frage gestellt werden. Die von Steuerberatern aufgestellten Bilanzen mit Gewinn- und Verlust-Rechnung werden durch die Prüfung durch einen Genossenschaft-Verband nicht besser. Sie werden teilweise schlechter, weil die Prüfungskosten die kleinen Non Profit-Geschäfte zusätzlich belasten. Kleine Dorfläden erzielen Jahresumsätze von etwa 300.000 Euro und bei regulär einem Prozent Betriebsergebnis verbleiben bestenfalls 3.000 Euro Gewinn als »Schwarze Null«. Dieser ist erforderlich zur Rücklagen-Bildung, um Ersatzbeschaffungen von Kühlmöbeln, eine neue Waage, eine neue Kasse oder Energiesparmaßnahmen zu finanzieren.

Frage des Nutzens

Wenn davon jährlich bis zu 1.500 Euro Prüfungskosten an den Genossenschaftsverband überwiesen werden müssen, dann wird dadurch das Betriebsergebnis glatt halbiert. Dies geschieht ohne einen gleichwertigen Nutzen für die Dorfläden »von Bürgern für Bürger«, kritisiert die Dorfladen-Bundesvereinigung. Sie fordert von der Bundespolitik eine geeignete Rechtsform für kleine bürgerschaftliche »Non Profit«-Unternehmen – ohne unnötige Zusatzkosten. Fragwürdig sind solche Prüfungsberichte von Genossenschaftsverbänden, die das Fehlen von Beginn- und Ende-Uhrzeiten in Versammlungsprotokollen kritisch feststellen, aber auf einen Jahres-Verlust von 30.000 Euro im Prüfungsbericht so gut wie nicht eingehen, so die Dorfladen-Vereinigung.

Dorfläden »von Bürgern für Bürger« fördern gemäß § 52 (1) Abgabenordnung die Allgemeinheit. Der Personenkreis, der von Bürgerläden als Nahversorger auf dem Lande profitiert, ist nicht fest abgeschlossen! Trotzdem blieb Dorfläden bisher die Anerkennung der »Gemeinnützigkeit« gemäß § 52 AO und somit die Berechtigung zur Ausstellung von Zuwendungsbescheinigungen (= Steuervorteil für Spender) verwehrt. Dabei steht bei Dorfläden Auskömmlichkeit statt Gewinn-Maximierung im Vordergrund. Dorfläden erfüllen – oftmals als einzige Begegnungsstätte im Dorf – auch sozio-kulturelle Funktionen, schrieb die Bundesvereinigung schon 2017 in den »Wahlprüfsteinen« vor der Bundestagswahl an die im Bundestag vertretenen Parteien. Sie forderte eine Gleichbehandlung mit gemeinnützigen Vereinen.

ANZEIGEN

RECHTLICHE GRUNDLAGEN FÜR SELBSTORGANISATION

Binnenverträge – Grenzen und Möglichkeiten

Binnenverträge sind in vielen selbstorganisierten Projekten beliebter denn je: Neben der »offiziellen« Satzung wird ein internes Statut vereinbart, wie es wirklich laufen soll. Auch in nicht alternativen Bereichen sind interne Abreden nicht unüblich, z.B. Haftungsregelungen, Verzichtserklärungen, oder »Compliance-Regeln«. Auch Verträge mit stillen Gesellschafter*innen sind nicht unähnlich. Entscheidend ist die Frage, wann solche Vereinbarungen für selbstorganisierte Betriebe sinnvoll und hilfreich sind – und wann nicht.

RUPAY DAHM, BERLIN

▲ Binnenverträge bieten mehr Raum für Kreativität, müssen aber dennoch gut durchdacht sein. Foto: R. Dahm

Binnenvereinbarungen können Raum für Kreativität eröffnen, wo es diesen von der Rechtsform her nicht gibt. Sie können die Sache aber auch komplizierter machen als notwendig, zum Beispiel, wenn in der Satzung steht, dass mit einer einfachen Mehrheit entschieden wird und im Binnenvertrag ein Konsensverfahren geregelt ist. Was gilt dann? Wer behält den Überblick, wo was geregelt ist? Und vor allem: Was passiert, wenn eine Person vor Gericht zieht, weil sie vom Projekt enttäuscht ist und die ihr zustehenden Rechte einfordern will?

Noch komplizierter wird es, wenn die Mitglieder gleichzeitig auch angestellt sind. Dann gibt es nicht nur die Satzung und den Binnenvertrag, sondern auch noch den Arbeitsvertrag. Überall können unterschiedliche Regelungen stehen zu Arbeitszeiten, Urlaub oder Bezahlung. Binnenverträge können dann zu Unsicherheit, Unübersichtlichkeit und Intransparenz führen, wenn nicht mehr klar ist, was wann gilt. Für eine demokratische Gleichberechtigung ist Transparenz über die geltenden Regeln aber essentiell.

Problematisch ist es dann, wenn der Binnenvertrag so geschrieben ist, als würde er die Satzung aushebeln. Das tut er nämlich nicht und meistens ist das unwirksam. Das bedeutet, dass wir am Ende eine Mischung aus wirksamen und unwirksamen Regelungen haben.

Hoch problematisch ist zum Beispiel diese Regelung im Binnenvertrag: »Hiermit verzichten die Projektmitglieder auf alle Rechte, die Ihnen aus der formaljuristischen Satzung der GmbH zustehen.«

Haben die Mitglieder auf ihr Recht, den Vorstand zu wählen und an Mitgliederversammlungen teilzunehmen, unwiederbringlich verzichtet? Die Regelung ist unwirksam, weil eine Binnenvereinbarung einer GmbH-Satzung nicht widersprechen kann. Sie erweckt aber den Schein, als würde sie die Satzung aushebeln. Vor Gericht gilt dann jedoch allein die Satzung. Wer das durchblickt, hat Herrschaftswissen gegenüber den anderen.

Wenn man einige Punkte beachtet, können Binnenverträge jedoch auch zu Klarheit beitragen und Haftungsrisiken mindern. Dabei ist es wichtig, zwischen zwei Arten von Binnenverträgen zu unterscheiden: rechtlich wirksamen und rechtlich unwirksamen, die allein auf gegenseitigem Vertrauen beruhen.

Verhältnis von Binnenvertrag zu Gesellschaftsvertrag

Eine Binnenvereinbarung kann, wenn sie rechtlich wirksam sein soll, zwar den Gesellschaftsvertrag bzw. die Satzung einer Genossenschaft, GmbH oder eines Vereins ergänzen, aber nicht im Widerspruch dazu stehen. Aus rechtlicher Sicht, d.h. vor Gericht, wird die Satzung fast immer als verbindlicher gesehen als ein informeller Binnenvertrag. Davon gibt es zwar Ausnahmen, aber wer blickt da durch? Gerade wenn es darum geht, dass man sich selbstverwaltet organisieren will, ist Transparenz und Klarheit wichtig.

Ein Beispiel: Laut der Vereinssatzung kann ein Mitglied nur ausgeschlossen werden, wenn es ein halbes Jahr seine Beiträge nicht gezahlt hat oder dem Verein finanziell geschadet hat. Im Binnenvertrag steht hingegen, dass eine Person aus Projekt und Verein ausscheiden muss, wenn man sich mit ihr zerstritten hat und zwei Mediationsversuche gescheitert sind. So ist es geschehen, die Mediation ist zwei Mal gescheitert. Jetzt wird sie aus dem Projekt und dem Verein ausgeschlossen. Ist der Ausschluss wirksam? Muss die Person zur nächsten Mitgliederversammlung eingeladen werden, auf der die neue Geschäftsführung der Tochter-GmbH gewählt wird und ist die dann überhaupt wirksam gewählt, wenn die Person nicht eingeladen wurde?

Rechtlich gesehen ist der Ausschluss unwirksam. Der Binnenvertrag weckt den falschen Anschein, als würde er wirksam etwas regeln. Wirft man jemanden aus dem Projekt, ist das Vertrauen gebrochen. Dann ist ein Binnenvertrag, der auf Vertrauen basiert, eine heikle Sache. Wenn man als Gruppe einen Binnenvertrag schließt, muss also darauf geachtet werden, dass dieser mit dem Gesellschaftsvertrag zusammenpasst und dass klar ist, wo dieser auf gegenseitigem Vertrauen fußt.

Zurück zum Beispiel der unterschiedlichen Entscheidungsmehrheiten: Laut Satzung reicht eine einfache Mehrheit, während im Binnenvertrag ein Konsensverfahren geregelt ist. Das kann zu Unklarheit führen, muss es aber nicht. Ist im Binnenvertrag geregelt, dass abweichend von der rechtlichen Satzung im Konsensverfahren entschieden wird, kann das gut funktionieren: So lange, wie das Vertrauen da ist, wird im Konsens entschieden. In dem Moment, in dem sich die Gruppe zerstreitet und der Binnenvertrag platzt, fällt sie auf das Mehrheitsverfahren aus der Satzung zurück. Das Mehrheitsverfahren kann gerade in Krisenzeiten sinnvoll sein, um handlungsfähig zu bleiben.

Die Satzung stellt den Minimalkonsens dar, wenn sonst nichts mehr geht, weil das Vertrauen für ein Konsensverfahren nicht mehr besteht. Sie ist die Regelung für Notfälle und »Worst-Case-Szenarien.« Man könnte eine Binnenregelung etwa so formulieren:

»Wir sind uns einig, dass wir, abweichend von der GmbH-Satzung, grundsätzlich niemanden überstimmen, sondern im Konsens entscheiden wollen. Ist ein Konsens nicht möglich, wird zwischen den widerstreitenden Interessen eine Vermittlungsgruppe gebildet. Kommt auch diese nicht zu einem konsensfähigen Ergebnis, entscheidet die Gruppe mit drei Vierteln der Mitglieder, gemäß der Satzung.«

Drei Regelungsebenen

Ich empfehle, drei Regelungsebenen voneinander zu trennen: eine vertrauensbasierte Binnenvereinbarung über den Idealzustand, eine rechtlich bindende Satzung für Krisen und eine Binnenvereinbarung zur internen Haftungsverteilung.

1. Binnenvertrag (für gute Zeiten - rechtlich nicht bindend)

Hier können die Gruppenmitglieder gemeinsam klären, wie sie idealerweise zusammenarbeiten wollen – unabhängig von irgendwelchen rechtlichen Vorgaben. Ziel ist, Einigkeit darüber zu schaffen, wie es idealerweise laufen soll. Wie sollen welche Aufgaben verteilt und bearbeitet werden, wer soll welche Entscheidungen auf welche Weise treffen? Was sind die gemeinsamen Idealvorstellungen, auf die sich die Gruppe einigen kann? Was ist der Gruppe so wichtig, dass, wenn es nicht mehr eingehalten wird, das Projekt gescheitert wäre?

Wichtig ist, diese Ebene unabhängig von der Rechtsform zu denken. Dieser Vertrag beruht allein auf gegenseitigem Vertrauen, auf den gemeinsam ausgehandelten Zielen und Vorstellungen. Er ist nicht rechtsverbindlich oder einklagbar.

Hierbei kann es wichtig sein zu unterscheiden zwischen:

a) Idealen, die man nie ganz erfüllen kann, die aber wichtig als Fernziel sind (z.B. Herrschafts- und Hierarchiefreiheit, konstruktiver Umgang mit Konflikten, CO2-neutrale Nachhaltigkeit) und

b) gemeinsamen Idealen, die erfüllt werden müssen, vielleicht sogar unter Androhung von Sanktionen (z.B. pünktliches Zahlen von Mieten oder Beiträgen, Nein heißt Nein, usw.).

2. Gesellschaftsvertrag/Satzung (rechtlich bindend – für schlechte Zeiten)

Die Regelungen des Gesellschaftsvertrages sollten rechtsverbindlich sein. Unwirksame Regelungen sind zu vermeiden. Zugleich sollen auch diese Regelungen möglichst nah an den Idealvorstellungen der Gruppe liegen. Zwar braucht man die Satzungsregelungen so lange nicht, wie sich alle (freiweillig) an den Idealvertrag halten. Sie werden aber relevant, wenn jemand vor Gericht zieht. Das kann passieren, wenn Streit aufkommt, aber auch, wenn ein Mitglied von Erb*innen oder durch eine Insolvenzverwaltung ersetzt wird. Hier handelt es sich also um Regelungen für das Worst-Case-Szenario. Sie sollen den Schaden mindern und verhindern, dass das Projekt komplett untergeht.

3. Binnen(haftungs)vertrag (interne Haftungsverteilung – rechtlich verbindlich)

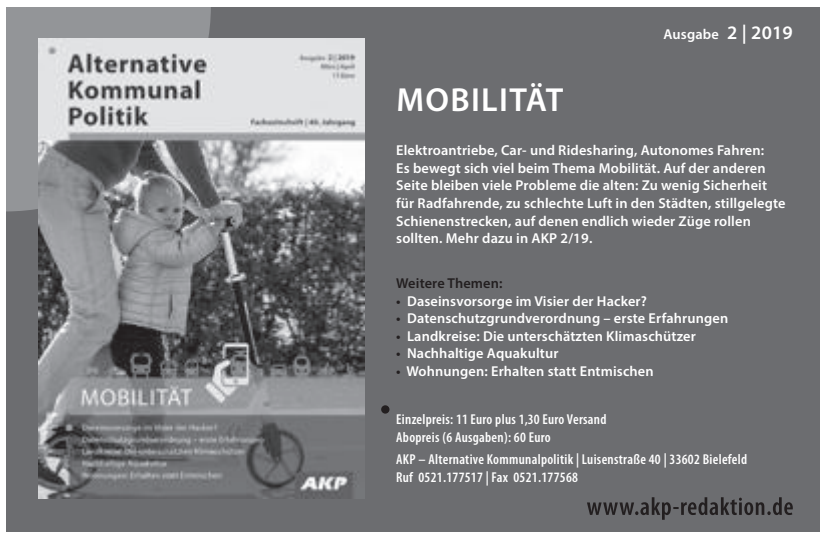
Zusätzlich zur Satzung kann ein weiterer Binnenvertrag geschlossen werden, der intern die Haftung gleichmäßig verteilt und rechtlich verbindlich sein sollte. Er gilt nur nach innen und beschränkt die Haftung nicht nach außen, ist aber zwischen den Mitgliedern (oder ihren Rechtsnachfolger*innen/Erb*innen/Insolvenzverwaltung) einklagbar.

Eine solche Binnenhaftungsvereinbarung soll klären, was ist, wenn etwas nach außen hin schief geht. Sie dient dazu, Haftungsrisiken von Einzelpersonen auf mehrere Personen zu verteilen. Eine solche Regelung könnte etwa so lauten:

»Soweit die GmbH-Geschäftsführer*innen (z.B. für Steuern, Sozialabgaben oder Mietvertrag) persönlich haften, bekommen sie die damit verbundenen Kosten von den anderen Projektmitgliedern anteilig ersetzt, es sei denn, sie haben die Kosten vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht.« Dadurch kann das Kostenrisiko intern gleichmäßig verteilt werden.

Rupay Dahm ist als Anwalt gewerkschaftlich unterwegs auf der Suche nach guten Arbeitsbedingungen und berät selbstorganisierte Betriebe in rechtlichen Fragen.
Link: www.kollektivberatung.de

ANZEIGE



FILMARCHE IN BERLIN-NEUKÖLLN

Selbstorganisiert Film studieren

Der Kapitalismus ist ein bemerkenswerter Virus, in dessen Rahmen eine Hand voll Menschen vor 15 Jahren die filmArche gegründet hat – in einer Küche in Kreuzberg. Mittlerweile sind wir ein gemeinnütziger Verein mit über 250 Studierenden. Vor vier Jahren sind wir in größere Räumlichkeiten umgezogen, die schon wieder zu klein geworden sind. Es stellt sich uns immer wieder die Frage: Wollen/können/sollten wir weiter wachsen? Wie groß kann eine selbstorganisierte Schule werden, ohne zu scheitern?

ASA PIEFER & CONSTANZE WOLPERS, BERLIN

▲ Ein Team der filmArche beim Dreh der Webserie »Newbie«. Die sechs ca. fünfminütigen Folgen konnten in den ersten Wochen nach Erscheinen über 65.000 Aufrufe verzeichnen.
Foto: filmArche

Wir stehen sicher nicht an einem Punkt des Scheiterns, aber je größer wir werden, desto lauter werden Stimmen, die nach mehr Sanktionen fragen, sich strengere Regeln wünschen und Gremien, wie den Vorstand, um mehr angewandte Machtausübung bitten. Dem gegenüber stehen die, denen es schon jetzt zu viel Struktur und zu viele Hierarchien gibt.

Film in einer der sechs Klassen »Drehbuch«, »Montage«, »Regie«, »Doku-Regie«, »Produktion« oder »Kamera« zu studieren, heißt auch, für den Verein in Komitees zu arbeiten. Diese Arbeit gilt als individueller Beitrag, damit wir funktionieren können und wird nicht entlohnt. Nun wird mit dem Wachsen einer selbstorganisierten Struktur auch der Arbeitsaufwand größer und wir stehen wieder vor weiteren Fragen: Ab welcher Höhe des Arbeitsaufwands wird der monatliche Mitgliedsbeitrag von 70 Euro erlassen? Ab wann bezahlen wir Student*innen für eine Tätigkeit? Die Idee von Posten, bei denen der Mitgliedsbeitrag entfällt, entstand ursprünglich aus dem Wunsch heraus, es »Archies« zu ermöglichen, bei uns zu bleiben, auch wenn es um die eigenen Finanzen mal schlecht bestellt ist.

Es verbindet sehr, basisdemokratisch zu arbeiten, autonom zu funktionieren und so wenig wie möglich in Abhängigkeiten zu stehen. Da Filmequipment teuer, Filmteams groß und Produktionen aufwändig sein können, stößt die Unabhängigkeit aber gerade finanziell häufig an ihre Grenzen. Ist es möglich, auf staatliche Förderungen zu verzichten und trotzdem qualitativ hochwertige Filme zu produzieren?

Im Jahr 2015 erhielt die filmArche auf Initiative einiger Mitglieder aus dem Bundeskulturbudget eine Förderung in Höhe von 47.500 Euro. Viele Mitglieder standen einer staatlichen Förderung kritisch gegenüber. Begeben wir uns damit in Abhängigkeiten? Werden Gegenleistungen von uns erwartet? Wird das Logo des Ministeriums fortan in unseren Abspännen stehen müssen? Verhelfen wir dem zuständigen Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, einem Bundestagsabgeordneten der CDU, sich einen jungen, urbanen Anstrich zu geben? Weckt viel Geld neue Begehrlichkeiten?

Der Student, auf dessen Initiative der Antrag beruhte, musste vor der ganzen Schule Rede und Antwort stehen, und die Frage nach einem generellen Umgang mit Förderungen, seien sie von staatlicher, privatwirtschaftlicher, parteipolitischer oder religiöser Seite stand im Raum. Haben wir genug alternative Ressourcen, um filmisch mit den staatlichen Filmschulen mitzuhalten? Sind die alternativen Ressourcen nicht hauptsächlich unser eigenes Portemonnaie? Führen alternative Finanzierungsmodelle zu alternativeren Filmen? Schließlich: Bedeutet die Ablehnung staatlicher Förderung nicht letztlich auch, dass vornehmlich Privilegierte und Eliten bei uns Filme machen können?

Wir sind nicht losgelöst von Strukturen, die uns täglich umgeben. Vieles, was uns ideell vielleicht nicht zusagt, wird auch bei uns reproduziert. In Durchsetzungsmechanismen der Mitgliederversammlung, im Vorstand, auf Parties, im Flur. Wer kann aus welchen Gründen welche Fäden ziehen, wie gehen wir miteinander um? Es ist und bleibt ein soziales Gefüge, das von Menschen geprägt ist, die etwas anders machen wollen, es aber nicht immer tun und bei weitem nicht alles richtig machen.

Einige von uns haben sich sehr bewusst für eine selbstorganisierte Schule entschieden, andere sind aus einem noch undefinierten Grundinteresse an einem anderen Lernen zu uns gekommen und wieder andere wollen einfach Film studieren. Was auch immer der Grund war, viele »Archies« stellen am Ende ihres Studiums fest, dass ihnen die Zeit neben filmischen Kenntnissen auch kollektives Arbeiten, Hilfsbereitschaft und eine lebendige Diskussionskultur vermittelt hat. Wir achten aufeinander, weil wir einander brauchen.

Die Klassen, die Komitees, die Gremien und Gruppen der Schule funktionieren nur gut, wenn sich die Leute verstehen. Die Schule ist ein sehr dynamisches Konstrukt. Unser Netzwerk ist groß und durch unsere Philosophie besteht kaum ein Unterschied zwischen Film(-arbeit) und Leben. Das Studium mischt sich stark mit dem privaten Leben: viel Zeit, viel Engagement, viel Herz. Nach drei, vier Jahren spuckt dich die Schule meist wieder aus, ob du willst oder nicht. Viele bleiben der Arche zwar zugewandt, aber die Uhr tickt ab dem ersten Semester.

> *»Die filmArche ist selbst wie ein Film: ein Berg Arbeit, der scheinbar nicht zu bezwingen ist, aber weil so viele Leute an das Projekt glauben, funktioniert's. Gegen alle Wahrscheinlichkeiten haben wir eine Filmschule gegründet, ohne selbst an einer gewesen zu sein. Die filmArche ist für Menschen, die Lust daran haben, einen eigenen Kosmos zu erschaffen.«*
>
> **Simon Brückner, Regisseur und Mitgründer der filmArche**

Das Kommen und Gehen stellt uns immer wieder vor die Herausforderung des Wissenstransfers. Alle Treffen werden protokolliert und im internen ArcheWiki allen zur Verfügung gestellt. Doch wer liest später noch die Protokolle? Wissen und Entscheidungen gehen verloren, und Kontinuität ist oft schwer aufrecht zu erhalten. Ideen und Engagement können im Nichts verschwinden – aber genau so hat Neues auch immer die Chance, zu entstehen. Letzterem ist entgegenzustellen, dass unsere Strukturen sehr träge sein können. Viel Diskussion benötigt viel Zeit – etwas Neues entstehen zu lassen, kann daher auch viel Durchhaltevermögen bedeuten.

Der ständige Wechsel führt aber auch dazu, dass sich Machtpositionen schwerer etablieren können und sich Günstlingswirtschaft bei Bewerber*innen verhindern lässt. Anders als in staatlichen Schulen gibt es keine Auswahlkommission, in der abteilungsleitende Professor*innen ihre späteren Studierenden zusammenstellen. Es formen sich jedes Jahr aufs Neue Gruppen von Studierenden, die Auswahlgespräche mit den Bewerber*innen führen und die Klassen auswählen. Dafür haben wir uns auf Grundkriterien geeinigt. Änderungen dieser Kriterien würden vom Bewerbungskomitee ausgehen und auf einer Mitgliederversammlung vorgestellt werden. Dort müssten wir uns dann einigen und abstimmen.

Weil unsere Klassen selber entscheiden, was sie lernen wollen und wer es ihnen beibringt, lösen und befreien sie sich häufig von einem autoritären Lehrenden- und Lernendenverhältnis und dem klassischen Filmkanon, wie er sich in vielen Curricula wiederfindet. Sie unterrichten sich gegenseitig und vertrauen den Kompetenzen ihrer Mitschüler*innen. Sie laden ihre Dozierenden nach ihren Interessen ein und sind in der Position, Ansprüche zu stellen. Viele Klassen wünschen sich diversere Filmbeispiele, eine stärkere Auseinandersetzung mit einem Filmwissen neben dem weißen, männlichen Film. Das führt dazu, dass sogar Langzeitdozierende ihren Unterricht überarbeiten müssen oder nicht wieder eingeladen werden. Wer hat unsere Filmgeschichte geschrieben? Und kann sie auch anders erzählt werden? Die Frage nach der gesellschaftlichen Bedeutung und Verantwortung des Filmemachens, des eigenverantwortlichen Lernen und Lehrens, steht im Mittelpunkt vieler Gespräche und Diskussionen. Wie können wir entwickelte Ideen und erprobte Praktiken der Selbstorganisation in das (Arbeits-)Leben außerhalb der filmArche und nach dem filmArche-Studium einbringen?

Da wir sehr von unserer Idee einer Filmschule überzeugt sind und wir langsam an die Grenzen unserer Kapazitäten kommen, hier ein Appell an alle Leser*innen: Wenn ihr eine selbstorganisierte Filmschule gründen wollt oder einen zweiten Standort der filmArche aufbauen möchtet – wir helfen euch gerne!

Webseite: www.filmarche.de

Gustav Landauer und die Anfänge der Reformpädagogik

Die Erschießung des bekannten Reformpädagogen Francico Ferrer 1909 in Barcelona führte zu weltweiten Proteststürmen. In Berlin riefen Liberale, Sozialdemokraten und Anarchisten zu großen Kundgebungen auf. Viele erfuhren erstmals von Ferrers noch heute modern anmutenden Erziehungsgrundsätzen. Gustav Landauer lotete mit namhaften Pädagogen die Gründung von Ferrer-Schulen in Deutschland aus. Erst in der Weimarer Republik konnten die ersten Projekte verwirklicht werden. An den Beginn der Reformpädagogik in Deutschland und die folgenden Entwicklungen erinnern Prof. Dr. Ulrich Klemm und Dr. Maurice Schumann.

18. April 2019, 19 Uhr
FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum
Adalbertstraße 95A
10999 Berlin-Kreuzberg

Eine Veranstaltung im Rahmen der Ausstellung »Anarchie ist das Leben der Menschen, die dem Joche entronnen sind. - Gustav Landauer in Berlin« im Rathaus Kreuzberg, Yorckstraße 4-11, 10965 Berlin, noch bis 9. Mai.

ANZEIGE

ANARCHISMUS IN DIE UNI TRAGEN

Anarchistische Perspektiven auf Wissenschaft

▲ Plakat des A-Kongresses im Jahr 2017. Quelle: A-Perspektiven

Die Planungen für das diesjährige A-Treffen in Hamburg laufen auf Hochtouren. Anlässlich des fünfjährigen Bestehens soll es dieses Mal sogar vier Tage dauern, vom 31. Oktober bis 3. November. Natürlich ist dieser A-Kongress lediglich ein Versuch, und etwas Vorübergehendes. Aber er eröffnet Anarchist*innen und Interessierten die alljährliche Möglichkeit, sich in Hamburg zu treffen und zu vernetzen.

HEIKO, HAMBURG

Das wesentliche Ziel des Kongresses besteht in anarchistischer Diskurspflege, also in der Schaffung von Öffentlichkeit und Selbstverständlichkeit für anarchistische Thematiken. Auf diesem Wege wird versucht, ein Interesse an anarchistischer Vielfalt zu fördern. Anarchismus über die Universität zu verbreiten, erzeugte dabei schon gelegentlich Widerspruch aus der Szene und erweist sich überhaupt als ziemlich widersprüchliche Angelegenheit.

Zwar mag dieser Ort für bestimmte Interessierte niedrigschwelliger sein als ein dunkler Szeneladen und kann dadurch einen deutlich höheren Wirkungskreis erzielen, womit dieses Format auch bescheiden dazu beiträgt, herrschende Fehlverständnisse abzubauen. Andererseits bleibt festzustellen, dass Universitäten zu den autoritätserzeugenden Institutionen gehören und dass gerade sie wesentlich zur herrschaftlichen Segmentierung der Gesellschaft über Bildung und Titel beitragen.

Das spiegelt sich auch in der Architektur, beispielsweise jenem Hörsaal, der als einziger für größere Zusammenkünfte taugt, dabei aber in seinem Aufbau von vornherein für frontale Vermittlung vorgesehen ist. Und so sehr sich bemüht wird, dieses Problem etwas aufzubrechen, etwa durch offenere Formate in kleineren Räumen, durch Bücher- und Infostände, Konzerte, sowie vor allem durch die Einbindung des gemütlichen, selbstverwalteten Café Knallhart, bleibt bei vielen Gästen ein »schulischer Eindruck« zurück.

Dabei liegt es natürlich in den Händen Aller, das Wochenende so zu gestalten, dass es auch an einer Universität anarchistischen Ansprüchen einigermaßen gerecht werden kann. So wie die Uni auch im Alltag von Anarchist*innen geprägt werden sollte, die keine Scheu zu haben bräuchten, Anarchismus in ihre Seminare, Kolloquien und Abschlussarbeiten zu tragen.

Die »Anarchistischen Perspektiven (auf Wissenschaft)« entstanden aus einer Initiative der Hamburger Hochschulgruppe AL (»Alternative Linke«). Nachdem diese für ausreichende öffentliche Anschubsfinanzierung gesorgt hatte, wurden einschlägige Gruppen und potentiell Interessierte aus Hamburg und Umland zu einer Teilnahme an der Orga für einen gemeinsamen A-Kongress eingeladen. Das war etwa im Mai 2015. Am Anfang war vieles noch sehr turbulent. Eine große heterogene Gruppe hatte sich erst mal zu finden, so dass manche Treffen sich in endlose Debatten verirrten. Rückblickend ist es geradezu erstaunlich, dass dieses erste Kongressjahr überhaupt stattgefunden hat. So sehr Anarchist*innen sich Selbstorganisation auf die Fahne schreiben, so schwierig gestaltet sich deren Konkretion, wenn bloß all zu viele alpha-Anarchisten aufeinander treffen.

Nach diesem holprigen Start wurde die Kerngruppe nach und nach übersichtlicher. Aktuell sind in der Kongressgruppe noch Personen der Anarchistischen Initiative, der Libertären Bibliothek Hamburg, der FAU und natürlich der AL sowie als externe Unterstützung von der Bibliothek der Freien aus Berlin vertreten. Darüber hinaus sorgen die Rotznasenanarchies alljährlich für eine großartige Kinderbetreuung.

Auch die Finanzierung musste neu gedacht werden, denn aus der Ursprungsquelle war kein Nachschub zu erwarten. Seither wird der größte Anteil der Finanzierung durch Hamburger Asten getragen. Zusätzlich wird sich stets um weitere Spender bemüht.

Für Kritik an diesem Projekt gibt es reichlich Gründe. Angefangen beim Kongresstitel, der einen wirklich nur schwer zu erfüllenden Anspruch vorgibt. Nun gab es durchaus Jahr für Jahr Veranstaltungen, die tatsächlich »Anarchistische Perspektiven auf Wissenschaft« besprochen haben – zum Beispiel Siegbert Wolfs Vortrag zu Paul Feyerabends Wissenschaftskritik oder Jonathan Eibischs Diskussionskreis zur Akademisierung des Anarchismus – doch sollte der Titel nicht derart eng verstanden werden.

Auch wenn Anarchismus auf absehbare Zeit keine entscheidende Rolle spielen wird, ist es um so wichtiger, die eigenen Verbreitungskreise zu erweitern und emanzipative Gegengewichte zum diskursiven Rechtsrutsch zu bilden. Für das Wissen um Anarchismus – für die Anarchisierung des Wissens!

Inhaltlich wird im Hinblick auf die diesjährige Veranstaltung noch nichts verraten. Aber wer sich für die Programme der vergangenen Jahre interessiert, mag gerne auf der Homepage vorbeischauen: a-perspektiven.org. Für Fragen, Angebote oder Kommentare ist die Orga unter apaw@riseup.net erreichbar.

FEMINISTISCHE SOMMERUNI

Von der Aktion ins Archiv zur Aktion

Im Juni 2019 findet wieder die Feministische Sommeruni des Digitalen Deutschen Frauenarchivs (DDF) statt. Sie bietet autonomen wie institutionellen Akteur*innen eine Plattform für ihre Beiträge. Ziel ist es, immer wieder Brücken zu schlagen zu aktuellen Debatten und so den Austausch zu stärken zwischen verschiedenen feministischen Generationen und Positionierungen.

DDF-GESCHÄFTSSTELLE, BERLIN

Archive, Bibliotheken, Dokumentationsstellen der Lesben- und Frauenbewegung arbeiten seit 1983 im Netzwerk zusammen, seit 1994 als Dachverband i.d.a. (informieren, dokumentieren, archivieren). Ihre Arbeit war und ist von der Bewegung getragen, also vielfach ehrenamtlich. Einige Einrichtungen werden mittlerweile für Teile ihrer Arbeit öffentlich gefördert. Seit Mitte 2016 können sie zudem eine Auswahl ihrer Bestände mit Hilfe einer Projektförderung digitalisieren für das DDF. Das DDF wird vom Bundesfrauenministerium gefördert, i.d.a. ist der Träger. Zu seinem Onlinegang im September 2018 lud das DDF zur ersten Feministische Sommeruni.

Autonomie vs. Institution

Gründungsmoment und Sammlungsauftrag von i.d.a.-Einrichtungen speisen sich aus der autonomen feministischen Frauenbewegung. Oft entstand zunächst eine Dokumentationsstelle, um (eigene) aktivistische Arbeit zu dokumentieren. Aktuelle feministische Aktionen und ihre historischen Vorgängerinnen waren andernorts nicht »archivwürdig«. Ein eindrucksvolles Zeugnis der Gründung und Entwicklung eines feministischen Archivs ist die Geschichte des FFBIZ (Frauenforschungs-, -bildungs- und Informationszentrum) in Berlin, mittlerweile 41 Jahre alt, die im DDF nachgelesen werden kann.

Auch heute sind Bewegungsgeschichte und Namen von Aktivistinnen kaum bekannt und stehen nicht in Geschichtsbüchern. Mittlerweile haben i.d.a.-Einrichtungen aber jahrzehntelange Erfahrung in der Dokumentation feministischer Bewegungen – und nur was dokumentiert wird, kann (wieder)entdeckt werden und Geschichte verändern.

Blick zurück nach vorn

Die Einladenden stehen im Spannungsfeld von Autonomie und Institutionen – das setzt sich fort in Struktur und Inhalten der Uni: Die Infrastruktur wurde über das DDF organisiert und finanziert. Das Spektrum der Akteur*innen reichte vom Deutschen Frauenrat, Deutschlands größtem Lobbyverband für Gleichstellungspolitik, bis hin zu autonomen Gruppen wie Störenfrida Berlin.

An einem Tag fanden über 60 Angebote statt mit unterschiedlichen Formaten wie Erzählcafés, Workshops, Führungen, Filmen oder Panels. Den Kern bildeten dabei rund 40 i.d.a.-Beiträge. Damit schlug die Sommeruni Bögen von Bewegungsgeschichte zu aktuellen politischen Fragen, von Archiv-Beständen zu aktuellen feministischen Themen. Alle waren willkommen: Aktivist*innen der autonomen Szene und Gleichstellungsbeauftragte, Studierende, Lehrende, Medien- und Kulturschaffende, ob akademisch oder aktivistisch.

Mit ihrem Namen erinnert die Sommeruni 2018 an historische Vorläuferinnen. In den Jahren 1976 bis 1983 fanden in West-Berlin Frauen-Sommeruniversitäten statt, initiiert von der sogenannten Gruppe Berliner Dozentinnen von der Freien und der Technischen Universität. Ziel war es, die geschlechtsspezifische Benachteiligung von Frauen im universitären Raum zu thematisieren. So ging es u.a. darum, dass Frauen beruflich an den Universitäten Fuß fassen, dass sie eigene Lehr- und Forschungsinhalte bestimmen und dass Themen anders behandelt werden sollen, als es in der traditionellen Wissenschaft der Fall ist. Inhaltlich boten die Sommeruniversitäten ein wichtiges Austauschforum der Neuen Frauenbewegung, strahlten in die Gesellschaft und veränderten sie.

Die Feministische Sommeruni zitiert das historische Vorbild – kann und will das Rad aber nicht zurückdrehen. Mittlerweile ist Feminismus viele Wege durch Institutionen gegangen, gleichzeitig sind feministische Bewegungen vielfältig, lebendig, mit aktuellen Fragen und Kämpfen. In diesem Sinne: Herzliche Einladung zur Feministischen Sommeruni 2019 am 28./29. Juni in Leipzig!

Links:
www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de
www.feministische-sommeruni.de

ANZEIGE

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Niddastr. 64 VH · 60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info
Tel. (069) 67 99 84

Ausgabe 2-3/19 u.a.:
- Joachim Hirsch: »Krise der Demokratie – welche Krise?« – Die Früchte der »Politik des Kapitals«
- Kirsten Huckenbeck: »Frist ist Frust« – Hochschulaktive wollen ›aus ihren Kämpfen‹ lernen
- Anton Kobel: »Weiter so, immer weiter?« – ver.di-Handel und die Krisen
- Wolfgang Schaumberg: »Arbeitsbedingungen – Kampfbedingungen« – In Arbeitskämpfe intervenieren, aber wie?
- Slave Cubela: »Parallelgesellschaftlicher Zerfall« – Christophe Guilluys Analyse des gegenwärtigen Frankreich
- Gabriel Kuhn und Micke Nordin: »Friede den Palästen« – Zur drohenden Einschränkung des schwedischen Streikrechts

Probelesen?! Kostenfreies Exemplar per mail oder Telefon bestellen

ZUR SITUATION VON KINDERLÄDEN HEUTE

Befreiung des Kindes!

Im Jahr 1968 entstanden im Umfeld der Studentenbewegung die ersten Kinderläden. Der Name wurde in Anlehnung an Tante Emma-Läden gewählt. Das Konzept hingegen war getragen durch den Wunsch nach Befreiung des Individuums, u.a. auch in Bezug auf die kindliche Sexualität. Theoretische Grundlagen bildeten die Theorien von H. Marcuse, W. Reich und Alexander S. Neill. Gut 50 Jahre später existieren immer noch Kinderläden Allerdings haben sich die Konzepte deutlich verändert.
Mit Corinna S.[1], die ihre Tochter selber in den 10er Jahren in einen Kinderladen geschickt hat, sprach Maurice Schuhmann.

▲ Erste Erfahrungen machen, Freundschaften knüpfen, spielen und lernen: Welche Bedingungen brauchen Kinder dafür? Foto: Lisa Engel / Foto.Raum

Wieso hast du dich für einen Kinderladen – und damit explizit gegen einen Kindergarten – für deine Tochter entschieden?

Ein Kindergarten ist in aller Regel größer und anonymer. Zusätzlich wollte ich, dass meine Tochter ihre ersten Erfahrungen und Freundschaften in einer überschaubaren, altersheterogenen Gruppe erleben kann. Ebenso sind insgesamt die Mitbestimmungsmöglichkeiten in einer klassischen Kita vergleichsweise gering. Das kam für mich nicht in Frage, weil ich grundsätzlich meine Umwelt aktiv mitgestalten möchte.

Was sind die konkreten Unterschiede für dich?

Ein wichtiger Unterschied ist das Betreuungsverhältnis: In Kindergärten war und ist der Personalschlüssel, also die Relation zwischen Erzieher*in und Kindern, nicht ausreichend, um gute pädagogische Arbeit zu ermöglichen. Das hat viel mit der Personalplanung zu tun. In Kitas werden die Kinder bereits nach Alter in Gruppen einsortiert und den Kindern wird, je nach Alter, die nach Personalschlüssel gesetzlich vorgeschriebene Menge an Erzieher*innen zugewiesen. In einem Kinderladen kann man das Betreuungsverhältnis eher an die Bedürfnisse der Kinder anpassen, da es in der Regel nur eine insgesamt kleine, einzige altersgemischte Gruppe gibt. Die Ausgestaltung der Fachkraft-Kind-Relation bestimmt entsprechend der Kinderladen, also die Elternschaft, selbst. Hier sind wir auch beim wichtigen Thema Mitbestimmung und Mitgestaltung.

Was sind deine Erfahrungen mit dem Kinderladenkonzept? Was macht heutzutage noch einen Kinderladen aus?

Meine persönliche Bilanz ist insgesamt eher ernüchternd. Meine Erwartungen hinsichtlich gemeinschaftlicher Partizipation, der Umsetzung neuer Ideen oder gar politischer Arbeit wurden nicht erfüllt. Das Streben nach Mitbestimmung und aktiver Gestaltung teilte nur eine kleine Minderheit der Elternschaft. Insgesamt wünschten sich die meisten Eltern einfach ein besseres Betreuungsverhältnis für ihr Kind. Einige wenige waren bestrebt, ausschließlich Lebensmittel mit Bio-Zertifikaten zu beziehen oder rein vegetarische Kost anzubieten. Das waren insgesamt die »politischsten« Ziele, die es einmal auf die Tagesordnung einer der regelmäßigen Versammlungen schafften. Aber auch dafür fand sich selten eine Mehrheit.

Möglicherweise nimmt der Kinderladen heute eine andere Bedeutung ein als früher, in der Gründungszeit vieler alternativer Kinderbetreuungsformen: Die deutlichen Defizite, die in klassischen Kinderbetreuungseinrichtungen von Gewerkschaftsseite, aber auch medial immer wieder festgestellt werden, können durch Kinderläden teilweise ausgeglichen werden. Der Berliner Senat ist für jeden weiteren Betreuungsplatz dankbar und die Eltern atmen auf, weil ihr Kind in einem Kinderladen mit einem viel besseren Betreuungsverhältnis betreut wird. Allein die Schnittmenge dieser beiden Interessen reicht möglicherweise heute aus, um die immer noch zunehmenden Gründungen von Kinderläden zu erklären.

Die ersten Kinderläden entstanden in der Folge von 1968. Damals waren Inspirationsquellen W. Reich, A. S. Neill oder W. Schmidt. Wie war es bei dir? Was war für dich ausschlaggebend?

Die Bedeutung von antiautoritärer Erziehung und dem Wunsch, das Wohl und die individuelle Entwicklung des Kindes in den Blick zu nehmen, war in den Gründungszeiten der Kinderläden natürlich eine ganz andere. Dazu benötigt man Kinderläden heute nicht mehr in dem Maße. Die Bildungs- und Erziehungsziele, die z.B. der Berliner Senat formuliert, sind doch schon recht nah an den damals angestrebten Zielen. Die Pädagogik von heute sieht z.B. Aspekte wie Partizipation bzw. demokratische Mitbestimmung von Kindern und Eltern, eine zeitgemäße Sexualerziehung, Inklusion und Individualität vor. Auch das Thema Diversität in allen erdenklichen Facetten ist im Bildungsauftrag heute enthalten. Das ist erfreulich und ist auch auf die Arbeit der Kinderläden in der Vergangenheit zurückzuführen. Der Kinderladen als Gegenentwurf zur staatlichen Kita taugt hinsichtlich der oben genannten Punkte zufolge nicht mehr. Heute geht es vielmehr darum, ob im klassischen Kindergarten jene Ziele angesichts der mangelnden Ausfinanzierung überhaupt geleistet werden können. Da sehe ich in einem Kinderladen deutlich mehr Potential. Ob es auch genutzt wird, ist eine andere Frage.

Was hat ein Kinderladen im Jahr 2019 noch mit einem Kinderladen von 1968 gemein?

Die Selbstverwaltung ist noch immer sehr zentral. Alle Entscheidungen werden potenziell durch die Eltern, im Idealfall auch in Absprache mit den Kindern getroffen. Dies beinhaltet wesentlich das Erziehungskonzept, die Ausstattung, den Tagesrhythmus, Ausflugsziele, theoretisch aber auch die Einstellung vom Personal. Der Kinderladen ist aber heute nicht zwingend ein Ort, an dem man gleichgesinnte und politisch interessierte und aktive Menschen antrifft, mit denen man im Kinderladen und darüber hinaus in der Gesellschaft etwas bewegen wird. Es war beispielsweise über Jahre nicht möglich, das Erzieher*innenteam in eine adäquate Gehaltsgruppe einzugruppieren und eine Tarifbindung per Vereinsbeschluss zu erzielen. Das bedeutete nämlich mittelbar, dass die Dienstleistungen wie Kochen und Reinigen zur Disposition stand und die Elternschaft diese Aufgaben wieder hätten übernehmen müssen. Ansonsten wären die Vereinsbeiträge noch höher geworden. Die Eltern stimmten lange Zeit dagegen und der Konflikt wurde lange Zeit zu Ungunsten der Erzieher*innen entschieden und das Personal unter Tarif bezahlt.

Wie sieht es mit der Elternbeteiligung aus? Wie funktioniert das und welche Eindrücke hast du davon?

In wenigen Kinderläden werden noch immer die tägliche Reinigung und das Kochen sowie die Betreuung durch die Eltern übernommen. Aber diese Gemeinsamkeit wird keinen Bestand haben, weil heute alle Erziehungsbeteiligten einer Erwerbsarbeit nachkommen wollen oder müssen. Die Elternbeteiligung richtet sich nach dem individuell Machbaren und es wird zusehends weniger. Die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Kinderbetreuung und Erziehung ist auch in diesem Kontext eine große Herausforderung. Mein Eindruck war zunehmend, dass die Eltern immer mehr Verantwortung an das Personal abgeben und die Vereinsversammlungen lediglich der halbjährlichen Strukturierung des Alltags dienen. Dies hängt meines Erachtens einmal damit zusammen, dass Eltern für regelmäßige Aktivität kaum Zeit aufbringen und sie die Kinder nur noch selten selbst betreuen und ihnen der Einblick in die täglichen Abläufe fehlt. Wo früher die Eltern gemeinsam betreuten, kochten und putzten, übernehmen dies heute Fachpersonal, Koch bzw. Köchin und Reinigungskraft.

In der Satzung des Vereins eures Kinderladens wird explizit die Selbstverwaltung als Aspekt benannt. Wie äußert sich diese konkret?

Die Selbstverwaltung bietet eine Reihe an Möglichkeiten, die nach meinem Empfinden ungenutzt bleiben. Eine wichtige Aufgabe, die den Eltern als Vereinsmitgliedern zukommt, ist z.B. die Qualität der Erziehung und Förderung der Kinder. Die oben genannten Bildungsziele sieht nicht nur der Senat vor, sondern stehen im allgemeinen auch in der Vereinssatzung oder im Konzept eines Kinderladens. In der staatlichen Kita übernimmt die Qualitätsentwicklung und die Einhaltung der Standards der Senat bzw. übergibt diese an staatliche oder private Institutionen. Im Kinderladen dagegen ist dies auch die Aufgabe der Vereinsmitglieder bzw. des Vereinsvorstands und der Erzieher*innen. Der Vorteil am Kinderladen im Vergleich zur staatlichen Kindertagesstätte ist ja auch der tägliche Einblick in die Abläufe. Die Eltern in einem Kinderladen sind nicht darauf angewiesen, dass alle paar Jahre ein paar Tage lang durch Hospitation eine externe Evaluation vollzogen wird und ein Gutachten erstellt wird. Hier sind die Eltern ja viel näher dran am Geschehen und persönlich involviert.

Darin steckt aber auch ein potenzieller Konflikt. Als Vereinsmitglied bzw. geschäftsführender Vorstand ist man einerseits im weitesten Sinne Kunde einer Dienstleistung, nämlich der Betreuung meines Kindes, andererseits auch zugleich Arbeitgeber mit allen damit verbunden Pflichten. Diese Doppelrolle ergibt verständlicherweise Rollen- und Interessenskonflikte. Dabei bleiben die Qualitätssicherung und auch die Qualitätsentwicklung oft gänzlich auf der Strecke. Die Erziehungsarbeit, Wertevermittlung und die qualitative Arbeit der Angestellten wurde selten bis nie sachorientiert besprochen und diskutiert, weil sich viele Eltern an diese Themen nicht »rantrauten«. Die Selbstverwaltung beschränkt sich oftmals, und das höre ich auch oft von befreundeten Eltern mit Kindern in einem Kinderladen, auf das Kochen, Putzen und Betreuen im Krankheitsfall des Personals. Ist das Elternengagement gar nur auf den alljährlichen Frühjahrsputz beschränkt, liegen die Möglichkeiten eines selbstverwalteten Kinderladens natürlich vollkommen brach.

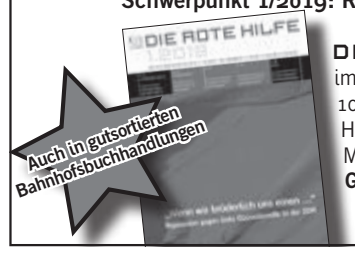
Die ungekürzte Version des Interviews ist zu finden auf unserer Webseite: www.contraste.org

[1] Name wurde von der Redaktion geändert.

ANZEIGEN

DIE ROTE HILFE

Schwerpunkt 1/2019: Repression gegen linke Oppositionelle in der DDR



DIE ROTE HILFE erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro, im Abonnement 10 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.
Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.

Abonnieren:
literaturvertrieb@rote-hilfe.de

Mitgliedwerden & Info:
info@rote-hilfe.de
www.rote-hilfe.de

Zeitung der Roten Hilfe e.V. – Zeitung gegen Repression

WISSENSCHAFTSLÄDEN UND OFFENE WERKSTÄTTEN

Selbstorganisierung von Wissen und Technologie

Unsere Gesellschaft hat sich in den letzten Jahr immer mehr hin zu einer Wissensgesellschaft entwickelt. Zugriff auf Produktionsmethoden und auf neue Erkenntnisse ist immer mit dem entsprechenden Zugang zu Wissen gekoppelt. Wissen bedeutet dabei nicht, sofort an Informationen zu gelangen, sondern vor allem Methodiken zu entwickeln, um in einer Gruppe Wissen und neue Technologien neu zu erarbeiten. Deshalb ist Wissensvermittlung in Wissenschaftsläden immer auch Bildungsarbeit.

MARIO PARADE, WISSENSCHAFTSLADEN POTSDAM

▲ Blick in die Zukunft wagen: Hinter den Türen von »machBar Potsdam« wird kollektiv an den Innovationen von morgen gearbeitet Foto: WiLa Potsdam

Der Wissenschaftsladen Potsdam ist deshalb mit einem Fabrikationslabor gekoppelt. Denn neben dem »theoretischen« Wissen geht es auch darum, Erkenntnisse und Techniken nachzuvollziehen, nachzubauen und die Möglichkeit zu nutzen, Forschungsfragen zu generieren, die eben nicht an den typischen akademischen Orten entstanden sind. Gearbeitet wird nach dem Hands-On-Prinzip, in dem durch konkretes Agieren gelernt wird. Treibsatz dafür ist die eigene Idee. Es geht darum, einen Zugang zu einem Umfeld verschaffen, in dem kreative Enthusiasten aus vielen verschiedenen Disziplinen »peer to peer« Wissen austauschen und sich in ihrer Arbeit gegenseitig inspirieren.

Verinnerlicht werden die oben genannten Arbeitsweisen in einer besonderen Form der offenen Wissensarbeit, in den sogenannten Fabrikationslaboren (kurz: FabLab), von denen es in Deutschland mittlerweile um die 50 gibt. Ursprünglich als Universitätsprojekt vor über 15 Jahren am Massachusetts Institute of Technology in Cambridge (USA) entstanden, sind sie mittlerweile zu einem weltweiten Bewegungsphänomen herangewachsen. In der internationalen FabLab-Community greifen Menschen unterschiedlichster Kulturen, Disziplinen und Generationen auf Zukunftstechnologien zu, um eigene Ideen umzusetzen.

FabLabs schaffen einen niedrigschwelligen Zugang zu Technologien, um die Dinge herstellen zu können, die es nicht zu kaufen gibt. Die Labore verstehen sich als Wegbereiter der kommenden digitalen Revolution: »Personal Fabrication«. Die Welt der Bits und Bytes erreichen in FabLabs die Welt des Gegenständlichen! Basis dafür sind computergesteuerte Maschinen, welche bisher vor allem der Industrie vorbehalten waren. 3D-Drucker »materialisieren« dreidimensionale Entwürfe; unter Verwendung herkömmlicher Grafik-Software schneiden Lasercutter Materialien wie Papier, Holz, Acrylglas oder Textilien aus und bearbeiten deren Oberflächen. Zur Ausstattung gehören zudem Vinylcutter und Platinenfräsen. Individuelle Ideen nehmen im FabLab Gestalt an und können do-it-yourself zu elektronisch steuerbaren, interaktiven Produkten ausgebaut werden. FabLabs agieren nicht isoliert, sondern innerhalb einer globalen Open-Source-Gemeinschaft. Die Vernetzung mit aktueller Kommunikations- und Informationstechnologie ermöglicht ungehinderten Datenaustausch. Dies ist auch in unserem FabLab unseres Wissenschaftsladens der Fall.

Innovation heißt auch, dass versucht wird, Wissen aus den akademischen Institutionen herauszulösen und der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen. Viele Arbeiten, die an diesen Orten geschrieben werden, können und könnten Ausgangspunkt für technische Weiterentwicklungen sein oder die Basis eines Citizen-Science Projekts darstellen. Viele Felder werden einfach nicht weiter bearbeitet, weil das Forschungsprojekt ausgelaufen ist oder eine weitere Finanzierung fehlt. Das Projekt einer offenen Community zu übergeben, die es weiterentwickelt, ist jedoch alles andere als einfach, da es aus (unserer) Perspektive der offenen (Denk-)werkstätten vor allem darauf ankommt, als Partner auf Augenhöhe zu agieren. Aktuell wird ein konkretes Beispiel umgesetzt, welches zum Ziel hat, flächendeckend Daten der Luftqualität zu messen und diese der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Doch nicht nur der Zugriff auf die Daten soll gewährleistet werden, die Hardware soll und kann auch von jedem Beteiligten selbst aufgebaut werden.

Technisch sind die Werkstätten schon seit längerer Zeit in der Lage, Innovationen hervorzubringen. Ein Beispiel dafür sind die 3D-Drucker. Ohne die vielen Prototypen und die damit verbundene Öffnung dieser Technologie, die in der Community entstanden sind, würden diese Geräte immer noch unerschwinglich und dementsprechend nur für eine kleine Gruppe von Menschen zugänglich sein.

Zugänge zu nutzen und zu schaffen, führt zu einer Demokratisierung von Technologie und Wissen und schafft neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und akademischen Institutionen. Das ist eines der Ziele von Wissenschaftsläden. Für die Arbeit der »Science Shops« ist dies gelebte Realität und ihre größte Stärke. Die damit verbundene Einbindung verschiedener gesellschaftlicher Gruppen auf lokaler Ebene kann und hat zu einer Stärkung vieler soziale Faktoren innerhalb von Dörfern oder Städten geführt. Am Horizont erscheinen deshalb große Themengebiete wie nachhaltige lokale Produktion von Gütern oder lebenslanges Lernen nicht nur als Floskeln, sondern könnten direkt mit messbaren Erfolg auch angegangen werden.

Link: www.wissenschaftsladen-potsdam.de

BILDUNGSKOLLEKTIV IN SACHSEN

Bildung von unten, aber fair!

Educat Sachsen ist ein frisch wachsendes Bildungskollektiv. Selbstorganisierte Bildung bedeutet für uns u.a. Unabhängigkeit von staatlichen oder anderen institutionalisierten Bildungsträgern. Thematisch für Entwicklungen offen, liegt der gemeinsame Schwerpunkt v.a. auf einem horizontalen Verständnis von Bildungsprozessen und besonderen Ansprüchen bezüglich der Selbstorganisation im Betrieb. Aktuell stehen die Themen NS- und Bewegungs-Geschichte, Klassismus, Gewerkschafts-Organizing und politische Beratung im Mittelpunkt.

EDUCAT SACHSEN

ANZEIGE

Die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von kritischer Bildung stellt eine Grundbedingung für eine weitere Demokratisierung der Gesellschaft dar. Individuelle und gesellschaftliche Freiheiten können nur erkämpft und erstritten werden, wenn die betroffenen Akteur*innen in der Lage sind, sich ein nüchternes Bild von Zwängen, Gesetzmäßigkeiten und Dynamiken zu machen, denen sie unterliegen. Hierbei ist es wichtig, die Inhalte so aufzubereiten, dass sie auch abseits von einer intellektuellen Zielgruppe Interesse wecken und Diskussionen anregen. Die Vermittlungen von Kenntnissen über die Funktion gesellschaftlicher Debatten und der eigenen Meinungsbildung bilden dabei ein Gegenstück zum Populismus, weil sie Falschbehauptungen und Argumentationslücken überprüfbar machen.

Um diesen Anspruch gerecht zu werden, ist die Benennung dessen, was noch kontrovers diskutiert wird oder unklar ist, ebenso wichtig wie die Vermittlung der gesicherten Faktenlage. In der Praxis bedeutet das, die Quellen und Nachforschungsbedarfe vor Gruppen ebenso transparent zu machen wie die Motivation, aus der Quellen entstanden sind. Fragen wie und warum genau dieser Artikel archiviert wurde, und wir ihn nun in unseren Händen halten, oder aus welcher Motivation Bücher geschrieben wurden, spielen dabei eine wichtige Rolle. Gerade auch historische Bildung kann vor diesem Hintergrund keine objektive Darstellung der tatsächlichen Geschehnisse sein, sondern immer nur eine bestmögliche Annäherung an diese darstellen. Gleichzeitig gehört die Betrachtung unterschiedlicher Geschichtserzählungen und ihrer mutmaßlichen politischen und persönlichen Motivation zur Vermittlung eines historischen Kontexts dazu.

Eine Grenze zwischen Lehrenden und Lernenden lässt sich nicht ziehen. Wir sehen uns als Spezialist*innen in der Sammlung und Aufbereitung von Quellen, Erfahrungen und Medien, daneben in der Moderation und Vermittlung. Gleichzeitig ist der Lernprozess bei jeder Veranstaltung für uns ein gegenseitiger. Denn so wie die Teilnehmenden den von uns vorbereiteten Inhalt erleben, so werden wir mit dessen Wirkung auf Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, Vorstellungen, Kenntnisständen, mit ihren Erfahrungen, Widersprüchen und Anmerkungen konfrontiert und erhalten durch Gegenmeinungen oder Nachfragen neue Impulse.

Betriebspolitischer Anspruch

Uns ist die Form und Einbettung eines solchen Betriebes in soziale Bewegung sehr wichtig. Damit meinen wir grundsätzlich: Wir wollen unseren Lebensunterhalt damit verdienen. Das wollen wir nicht nur irgendwie, sondern wir haben uns das Ziel gesetzt, vorbildliche Lohnniveaus und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Während der Trend in Richtung freischaffende Honorarkraft ohne Rentenversicherungsbeiträge und zu unterirdischen Stundenlöhnen tendiert, wollen wir neben der eigentlichen Arbeit auch für höhere Fördersummen und alternative Finanzierungskonzepte streiten.

Dazu haben wir die Union Coop, eine im Aufbau befindliche Föderation von gewerkschaftlich kontrollierten und nach Arbeitsstandards zertifizierten Kollektivbetrieben, als Partnerin gewählt. Mit dieser und verschiedenen Beratungsstellen arbeiten wir seit Monaten zusammen an einem Genossenschaftsmodell, welches uns solche Arbeitsformen – nämlich zu fairen Löhnen, fest angestellt und sozialversicherungspflichtig – ermöglichen soll. Solche Arbeitsbedingungen sind auch eine Form der Solidarität mit anderen Bildungsarbeiter*innen, um die Abwärtsspirale gegenseitiger Unterbietungen etwas entgegenzusetzen.

Schließlich ist die Anbindung an die Kollektivbetriebsföderation Union Coop für uns aber auch ein Akt politischer Überzeugung. Ähnlich wie beim Mietshäusersyndikat Häuser vor einer Reprivatisierung geschützt werden, garantiert die Föderation, dass ein Betrieb nicht zum Chefbetrieb wird, mit Dumpinglöhnen Branchenstandards gefährdet oder ein isoliertes, rein individualistisches Einrichten in den kapitalistischen Verhältnissen darstellt.

15 JAHRE »FUCK FOR FOREST«

Sexuelle Befreiung und ökologisches Bewusstsein?

Die von Leona und Tommy gegründete Initiative »Fuck for Forest« (FFF), die mit pornographischem Material Gelder zur Erhaltung des Regenwalds sammelt, wird 15 Jahre alt. Nach anfänglich großem Presserummel wurde ihnen auf Veranstaltungen Hausverbot erteilt und u.a. Lookismus und Heteronormativität vorgeworfen. Spätestens nach der Veröffentlichung des gleichnamigen Dokumentarfilms (2012) galten sie weitgehend nur noch als naive und weltfremde Spinner*innen. Trotzdem sind sie weiterhin aktiv und halten an ihrem Konzept fest. Momentan arbeiten sie an einem Relaunch ihrer Webseite, um Gelder für ein ökologisches Zentrum in Mexiko, ihrer neuen Wahlheimat, zu sammeln. Zu diesem Anlass führte Contraste-Autor Maurice Schuhmann mit ihnen ein Interview per Mail.

▲ Das Bild stammt aus dem Film »Fuck for Forest« (2012) und zeigt die beiden Initiator*innen Leona und Tommy. Fotos: Martin Friedrich

Was war die Motivation, »Fuck for Forest« zu gründen?

Wir begannen FFF als gegenkulturellen Entwurf gegen die kommerzielle Erotikindustrie und fehlenden Respekt gegenüber der Natur – und das spiegelt sich darin, wie wir Familie, Körper und Sexualität sehen. Es existierte damals kein Projekt als Werbung für Sexualität und Körper in einem reinen positiven Sinne, um auf gute Projekte und Ideen aufmerksam zu machen – das öffnete uns die Augen. Es gab kein soziales oder emanzipatorisches Erotikprojekt, um das konfuse menschliche Verhältnis zu Sex und Nacktheit nicht nur zum persönlichen Nutzen auszubeuten. Kein Wunder, dass Pornos einen schlechten Ruf haben! Sie sind meistens missbrauchend und egozentrisch. Aber Sex und Körper sind großartig, oder nicht? Wir dachten, dass es Zeit wäre, eine von der kommerziellen Industrie geschaffene Plattform zu nutzen, um reale Informationen über Sex und Ökologie zu verbreiten. FFF ist eine Art von Sexualaufklärungsinstrument für Erwachsene, wo DU Teil des Ausdrucks der Diversität sein kannst.

Was ist euer persönlicher Hintergrund?

Wir, Leona und Tommy, wuchsen beide auf Farmen auf. Aus diesem Grund liegt uns seit unserer Kindheit die Natur am Herzen. Tommy studierte Theater und Leona hatte großes Interesse an Ökologie und Tierrechtsaktivismus. Aus diesem Grund haben wir lange über eine kreative Ausdrucksform für ökologische Ideen diskutiert. Aus diesen Gesprächen und gleichzeitig dem Gefühl der Entfremdung von vielen Organisationen, wünschten wir uns etwas Überraschenderes und Lustigeres. Das war der Weg, der uns zum Ausdruck unserer eigenen Liebe, zum Ausdruck unserer Gefühle und Gedanken ohne Zensur und politische Korrektheit führte.

Ihr verbindet erotischen bzw. pornographischen Aktivismus mit ökologischem. Wieso?

Die Entkopplung von unserem Planeten und die Entkopplung von unserem Körper sind sich sehr ähnlich. Für uns ist es unmöglich, an einem Thema zu arbeiten, ohne das andere mit zu berücksichtigen. Wir sind das einzige Tier, das seine eigene Umwelt zerstört und wir sind das einzige Tier, das sich vor seinem natürlichen Zustand fürchtet; unsere Körper und unsere Sexualität wurden kommerzialisiert und pervertiert, sodass wir nicht mehr wissen, was natürlich ist und was nicht. Unsere Körper sind der Grundausdruck unserer Natur. Unsere Körper sind all das, was wir sind. Was wir wirklich haben sollten, ist die Freiheit auszudrücken, was wir wollen. Eigentum und Privatisierung von Land und Wasserressourcen ist in gewisser Weise das gleiche, wie unsere Körper und Sexualität unter ein moralisches Stigma zu stellen, diktiert von einer gewalttätigen und ausbeuterischen Gesellschaft. Das einzige, was wir wirklich als »unsers« bezeichnen können, sind unser Körper und unser Geist. Aber die Gesellschaft will die Kontrolle über diese Freiheit mit Hilfe von Religion und Politik. Zur gleichen Zeit werden uns die essentiellen Ressourcen zum Leben wie Wasser, Nahrung und ein sicherer Platz zum Leben gestohlen. Und die Natur wird immer noch nicht als etwas erkannt, das Rechte hat. Sie ist lediglich ein Objekt der Profitmaximierung. Das ist dasselbe, was die Werbe-, Mode- und Pornoindustrie mit unseren Körpern und der Sexualität gemacht hat. Sie haben uns objektiviert, um den Profitfluss am Laufen zu halten. Wie können wir da wegschauen, wenn wir über Ökologie sprechen?

Ich habe den Eindruck, dass ihr in vielen Artikeln als »Neo-Hippies« und »Freaks« dargestellt wurdet….

FFF ist ein Kollektiv von vielen unterschiedlichen Menschen. Zu sagen, dass wir »Neo-Hippies« seien, ist ein bisschen zu kurz gegriffen. Wir vereinen Leute aus allen Teilen der Gesellschaft, die an der Webseite partizipieren. Es gibt sogar Polizisten, die sich an der Webseite mit Fotos beteiligen. Der innere Kreis von FFF ist eine Gruppe von Künstler*innen und Aktivisten und wenn man will, kann man uns als Freaks bezeichnen. Von uns wäre sicherlich niemand darüber verärgert. Wir leben in einer verrückten Zeit und das verlangt nach verrückten Lösungen. Wie auch immer, Sex und Nacktheit ist nicht wirklich freakig, wenn du es mit Berufen wie dem des Anwalts, des Militärs oder Bankiers vergleichst. Diese sind im akzeptierten Bereich der Industrie, während FFF immer noch »nur« Porno ist, wenn auch für einen guten Zweck, aber eigentlich nicht als ehrliche Arbeit in dieser Welt anerkannt wird.

In Interviews nennt ihr häufig die sexuelle Befreiung als einen Aspekt eurer Arbeit. Für viele Leute ist eure Sexarbeit lediglich »ausgelebter Exhibitionismus«. Was heißt »sexuelle Befreiung« für euch konkret?

Sexuelle Befreiung meint für viele Leute etwas Unterschiedliches. Du kannst sagen, dass der Kampf für Schwulenrechte eine Form von sexueller Befreiung ist. Der Kampf für Frauenbefreiung ist auch eine Art von sexueller Befreiung. Exhibitionismus ist auch eine Form von sexueller Befreiung. Wir sollten stolz auf unsere Körper und Sexualität sein, aber unsere Gesellschaft hat andere Regeln geschaffen: Autos, Fabriken und sogar Militär und Krieg haben mehr Rechte, sich auszudrücken als die natürliche Präsentation des nackten Körpers. Das ist unfair. Wir sind keine wirklichen Exhibitionisten. Wir würden nicht mit Sexualität arbeiten, wenn es nicht mit einer wichtigeren Idee verbunden wäre. Vor FFF waren Tommy und Leona niemals Nudist*innen und hatten auch keinen Sex vor anderen Leuten. Es war die Idee, die uns animiert hat. Wir wollten sehen, was wir erreichen können, wenn wir über unsere eigenen Grenzen hinauswachsen. Wir haben vielen Menschen geholfen, ihre Fantasien zu realisieren und offener über Sexualität zu sprechen. Diesbezüglich wissen wir, dass wir mit sexueller Aufklärung und Befreiung arbeiten. Wir haben kein Problem damit, als Exhibitionisten klassifiziert zu werden, weil wir es viel wichtiger finden, die Schönheit der Natur zu zeigen als die Zerstörung der industrialisierten Gesellschaft.

Wie viele Menschen haben bislang bei FFF mitgewirkt?

Seit wir gestartet sind, haben ca. 7.000 Leute an dem Projekt partizipiert.

Im Jahr 2012 entstand ein kontroverser Film über euer Projekt. Was denkt ihr heute über den Film?

Die Kerngruppe von FFF hat immer an die absolute Freiheit des Ausdrucks geglaubt. Als wir von dem Dokumentationsteam kontaktiert wurden, waren wir glücklich darüber, dass jemand anders unsere Ideen ausdrücken würde. Sie sollten absolute Freiheit haben, es durch ihre eigenen Augen zu sehen. Das hat offenbar zu einem Konflikt geführt, weil die mit FFF assoziierten Leute wirklich an den Ausdruck dieses Projekts glauben. Als das Dokumentationsteam einige Szenen im Film änderte, verletzte das einige Aktivist*innen auch persönlich. Wir denken nicht, dass es eine ethisch-korrekte Art und Weise war, eine Dokumentation zu machen.

Wie können euch die Leser*innen unterstützen?

Es gibt viele Arten, FFF und unsere Arbeit zu unterstützen. Der beste Weg ist mit erotischen Fotos und Videos von euch. Ihr bekommt als Dankeschön kostenlosen Zugang zur Webseite. Wenn euch dies nicht zusagt, könnt ihr monatlich Geld für unsere Arbeit spenden. Dafür bekommt ihr ebenfalls kostenlosen Zugang zur Webseite. Gerade verändert sich bei FFF sehr viel. Bislang war es vorrangig so, dass die FFF-Gruppe Leute suchte, die uns mit Fotos und Videos unterstützen. Jetzt sind die Hauptorganisator*innen müde davon, immer nach Leuten zu suchen. Wir wünschen uns jetzt mehr regelmäßig Beitragende, die mit einem eigenen Blog ihre Sicht und Erfahrungen von Sex und Nacktheit verbreiten.

Wir wünschen uns, dass FFF eine Ressource für sexuellen Ausdruck und Aufklärung bleibt, die viele unterschiedliche Sichtweisen und Vorstellungen über menschliche Körper und Sexualität präsentiert. Wenn wir 10 bis 20 oder mehr Leute hätten, die wöchentlich ihr Profil updaten würden, würde dies ausreichen, um FFF zum Selbstläufer zu machen; es ist immer irgendeine Aktivität auf der Webseite, und es hängt nicht alles an den Organisator*innen. Momentan sind wir ausgelastet damit, dass wir in den Bergen Mexikos ein Zentrum für kreativen Aktionismus aufbauen. Aus diesem Grund können wir derzeit keine neuen Unterstützer*innen suchen. Also helft uns, FFF wieder groß zu machen! Was wir gerade wirklich brauchen, ist Hilfe bei der Administration von Social Media und Werbung für FFF.

Das ungekürzte Interview könnt ihr auf unserer Website www.contraste.org nachlesen.

Links: www.fuckforforest.com, www.facebook.com/Fuck-For-Forest

ANZEIGE

Waterkant
Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion
Erscheint seit 1986 Frühjahr 2019

Unterstützt unsere
Kampagne
»Fair übers Meer!«

Transporte in der Schifffahrt:
Fairness, Klimaschutz, Sicherheit...

„MSC Zoe" und die Folgen:
Der Irrsinn globalisierter Konsumwirtschaft

Zustand von Nord- und Ostsee:
Kein Fortschritt für die Meere

Schleswig-Holstein:
Gesetzliches Fracking-Verbot?

Airbus A 380 und Elbvertiefung
Das System Kreuzfahrt | Autobahntrasse durchs Moor! Frisches Haff vor Kollaps?
„Glory Amsterdam"

Probehefte und Infos: www.waterkant.info

LERNEN FÜR DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION?

Fünf Thesen

Vom 21. bis 24. Februar fand in Kassel die Konferenz »Bildung Macht Zukunft – Lernen für die sozial-ökologische Transformation?« statt. Sie hatte den Anspruch, Verbindungen herzustellen zwischen der »Bildung für Nachhaltige Entwicklung«, dem »Globalem Lernen« und der »Kritischen Politischen Bildung«, zwischen Schule und außerschulischem Lernen, zwischen individuellem Handeln und gesellschaftlichen Strukturen sowie zwischen Theorie und Praxis.

Die Veranstalter*innen, ein basisdemokratischer Organisationskreis aus etwa 20 Organisationen und Einzelpersonen, erhofften sich zugleich eine Sichtbarmachung und Stärkung von Bildungsarbeit als politisches Handeln im Kontext sozial-ökologischer Transformation. Was folgt für uns aus der Konferenz? Dazu Thesen von Max Frauenlob vom Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V., einem der Hauptveranstalter der Konferenz.

▲ Teilnehmer*innen der Konferenz solidarisieren sich mit der Fridays for Future Bewegung. Foto: Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V.

1. Es braucht mehr Räume für kollegialen Austausch von Bildner*innen

Die Konferenz erzeugte sehr viel Resonanz, die 400 verfügbaren Plätze waren binnen kurzer Zeit vergeben. Offensichtlich teilen viele politische Bildner*innen den Wunsch von- und miteinander zu lernen und so der Vereinzelung und Ohnmacht, von der auch viele Bildner*innen betroffen sind, ein Stück weit zu begegnen. Mit der Konferenz wurde ein empowernder Lernraum für Bildner*innen geschaffen und es braucht mehr davon.

2. Machtkritik und transformative Bildung gehören zusammen

Es braucht Lernräume, die Komplexität aufzeigen, die unser grundlegendes Denken und Handeln, etwa die verbreitete imperiale Produktions- und Lebensweisen im globalen Norden, hinterfragen. Lernräume, die Machtverhältnisse im Alltag wie in den gesellschaftlichen Strukturen aufzeigen.

Es braucht aber auch Lernräume, die Mut machen, die Hoffnung geben und Alternativen sichtbar und erlebbar machen. Lernräume, die Handwerkszeug für politische Praxis vermitteln und zur kollektiven Selbstermächtigung einladen.

Kritiker*innen und Wandler*innen können voneinander lernen: Kritiker*innen können mehr kreative Lernmethoden verwenden, die über kognitives Lernen hinausgehen und Emotionen verstärkt mit einbeziehen. Wandler*innen können mehr ihre eigene Haltung und Grundannahmen hinterfragen und ihre eigene »Theorie of Change« machtkritisch überprüfen. Wer wird adressiert? Wer agiert? Wessen Wissen wissen wir eigentlich und welches Wissen vermittele ich?

3. Kritische Bildung muss raus aus den Blasen

Angesichts globaler Krisen und der Notwendigkeit einer tiefgreifenden sozial-ökologischen Transformation müssen sich nicht nur gesellschaftliche Strukturen, sondern auch unsere Denk-, Fühl- und Handlungsweisen verändern. Hierfür braucht es auch eine andere Bildung. Doch das Bildungssystem ist selbst von Machtverhältnissen durchzogen und die Ausgestaltung entsprechend umkämpft.

Kritische Bildungsakteur*innen können bedeutende Impulse zur Veränderung der Bildungslandschaft geben: Sie bieten Lernräume, die ein freies, kreatives und selbstbestimmtes Lernen fördern, pädagogische Haltungen, die den Beziehungsaufbau zu den Lernenden fördern oder Lernmethoden, die die eigene Lebensrealität mit gesellschaftlichen Entwicklungen verbindet.

Entsprechend gilt es den Wirkungskreis kritischer Ansätze auszuweiten und Milieugrenzen zu überwinden.

Ein Großteil der Konferenzteilnehmer*innen lässt sich als jung, weiß, akademisch, städtisch und einem sozial-ökologischem Milieu zugehörig einordnen. Umso wichtiger sind Scharnierakteur*innen[1], die zwischen verschiedenen Szenen und Systemlogiken vermitteln und Handlungsfenster, die sich im Bildungssystem ergeben, strategisch erkennen und nutzen.

»Wir sitzen in einem Bildungszug, der auf einen Bahnhof zu fährt, der bereits abgerissen ist.«

4. Selbstbestimmtes Lernen fördern

Die wohl bewegendsten Impulse auf der Konferenz kamen von Vertreter*innen von »Fridays for Future Kassel« und der NGO »Demokratische Stimme der Jugend«. Starke Stimmen, die sehr eindrücklich klar machten, dass junge Menschen sich ein selbstbestimmtes und sinnstiftendes Lernen wünschen. Derzeitige Realitäten im Bildungssystem würden dagegen Erfordernissen einer zukunftsfähigen Entwicklung nicht gerecht. »Wir sitzen in einem Bildungszug, der auf einen Bahnhof zu fährt, der bereits abgerissen ist«, so bringt es Nisha Toussaint Teachout von der Demokratischen Stimme der Jugend auf den Punkt.

Kritische Bildung sollte stets auch das Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden kritisch betrachten und die Neugier der Lernenden aufgreifen und fördern.

5. Sich als Bildungsbewegung verstehen

Was würde sich ändern, wenn sich kritische Bildner*innen verstärkt als Teil einer Bildungsbewegung im Kontext der sozial-ökologischen Transformation verstehen? Ein kollegialer Austausch und solidarisches Handeln untereinander wird selbstverständlicher. In gemeinsamen Lernprozessen werden Dynamiken gesellschaftlichen Wandels und die Rolle und Verantwortung von Bildner*innen darin kritisch reflektiert. Ein selbstbewusstes Auftreten bei der Mitgestaltung der Bildungslandschaft wird gefördert. Projekte Solidarischer Ökonomie und Soziale Bewegungen werden als bedeutende Lernräume wahrgenommen und in Lernprozessen sichtbar und erlebbar gemacht.

In Kassel waren einige Keime einer wachsenden Bildungsbewegung wahrnehmbar. Diese ließen sich mit bestehenden Wurzeln der kritischen und emanzipatorischen Bildungsarbeit verbinden: der kritischen Bildungstheorie an den Unis, alternativen Schulkonzepten und den vielen Praktiker*innen, die teilweise schon seit Jahrzehnten inspirierende Lernräume öffnen. Lasst uns also in Bewegung kommen und bleiben!

Anregungen und Kritik:
bildungmachtzukunft@knoe.org
Infos zur Konferenz:
www.bildung-macht-zukunft.de

[1] So Mandy Singer-Brodowski in ihrem Impulsvortrag: »Bildung & Degrowth - Neue Perspektiven im Lernen für den Wandel?«

SCHWARZ-ROTE BERGSTEIGER*INNEN

Bildungsarbeit zwischen Sandstein und Nazibanden

Seit 2009 sind die »Schwarz-Roten Bergsteiger*innen« (SRB-FAU) mit anarchistischer Bildungsarbeit im sächsischen Elbsandsteingebirge nahe Dresden aktiv. Das ist nicht immer unheikel, gilt die Region doch seit 1990 als Spitzenreiter was rechte Wahlergebnisse aber auch militante und offen auftretende nationalsozialistische Bewegung angeht.

SCHWARZ-ROTE BERGSTEIGER*INNEN

ANZEIGE

Inspiriert vom Bildungsverein AKuBiZ aus dem kleinen Städtchen Pirna starteten die SRB um 2015 mit mehrtägigen Seminaren in den Bergen. Das AKuBiZ betreibt seit 15 Jahren Forschungs- und Bildungsarbeit, und wird von den SRB unbedingt empfohlen. Die SRB wollten dieses Angebot um einen anarchistischen Fokus ergänzen und gleichzeitig stärker in den kleinen Dörfern des Hinterlandes aktiv sein. Wie das AkuBiZ bieten sie Ein- und Mehrtagestouren im Gebirge zu historischen Schauplätzen der lokalen NS-Geschichte an, z.B. zu KZ-Außenlagern, antifaschistischen Verstecken und Schmuggelrouten. Die Touren verknüpfen sie dabei meist mit direkten Aktionen, z.B. dem Freischneiden von KZ-Ruinen, dem unangemeldeten Aufstellen von Denkmälern, Demos oder Flugblattaktionen. Die Teilnehmenden sollen vom betrachtenden zum handelnden Subjekt werden.

Um dies zu erreichen, wird auch versucht, den Widerstand nicht romantisch zu verklären, sondern inhaltliche wie praktische Untiefen aufzuzeigen und mit den Teilnehmenden zu diskutieren. Eine weitere Besonderheit ist die Verknüpfung von historischen und aktuellen Themen. So wird ebenso über aktuelle Nazistrukturen detailiert aufgeklärt, Workshops der mehrtägigen Seminare beinhalten auch aktuelle anarchistische Organisationsdebatten, Diskussionen um Utopien jenseits von Staat und Ausbeutung und basisgewerkschaftliche Praxis wie u.a. Betriebsgruppenworkshops. Daneben widmen sich die SRB auch Umwelt- und Sportpädagogik, auch wenn diese Bereiche mangels Kapazitäten hinter den eigenen Wünschen zurückbleiben.

Bildung und Hegemonie

Beim Versuch in die Dörfer hineinzuwirken, ist dagegen eine Politik der kleinen Schritte angesagt. Rechte Überfälle waren hier an der Tagesordnung bis die linke Opposition fast gänzlich abgetaucht oder weggezogen war. Die ehemaligen Mitglieder der Nazi-Miliz SSS sind heute Stadträte, Laden- und Kneipenbesitzer, machen mit ihren Stadtfesten die Soundtechnik und organisieren Sportevents mit hunderten Teilnehmern – ohne dass sich etwas an ihrer Meinung geändert hätte. Die Verstrickungen zur örtlichen Polizei sind durch SSS-Verfahren und NSU-Aufarbeitung aktenkundig und im lokalen Hells-Angels-Clubhaus geht das entsprechende Klientel ein und aus.

Wenn nicht aus Überzeugung, so doch aus Angst, gibt in so einem Klima kaum jemand seine Räumlichkeiten für linke Bildung her oder geht auch nur auf entsprechende Veranstaltungen – mensch könnte ja in Verruf geraten und die Dörfer sind klein.

Auch in den lokalen Schulen sieht es nicht anders aus. Selbst bürgerliche Bildungsvereine erhalten kaum Anfragen für politische Bildung. Sei es, dass im Kollegium selbst genug NPD- und AfD-Sympathisant*innen sitzen, sei es, dass Schulleiter*innen bedroht werden – wie es Anwohner*innen über den ehemaligen Schuldirektor der mittlerweile geschlossenen Mittelschule Prossen berichten. Bildung braucht daher vorrangig soziale Netzwerke und Räume, um Resonanz zu finden. In diese Richtung arbeiten die SRB seit Jahren mit Postwurfsendung, Besuch von anderen Veranstaltungen, Vernetzungsbrunches und Öffentlichkeitsarbeit – mit langsam aber sicher wachsendem Erfolg.

Organisieren hilft

Die SRB sind dabei keine große Organisation, sondern seit 2011 eine kleine Kultur-AG der Basisgewerkschaft FAU. Die Organisation hilft, sowohl wenn es um die Ausarbeitung und den Austausch von Bildungsformaten geht, aber eben auch bei der Schaffung von Raum. So bestehen seit Jahren selbstverwaltete Räumlichkeiten im Gebirge, die die SRB auch Aktivist*innen für Urlaub gegen freie Spende zur Verfügung stellen. Ohne finanzielle und personelle Unterstützung der FAU wäre das nicht möglich.

Da die bisherigen Räumlichkeiten aber weder eine dauerhafte Perspektive noch die Möglichkeit zur öffentlichen Bewerbung von Veranstaltungen boten, soll nun ein großer Hof gekauft werden auf dem ein Wohnprojekt, Ferienwohnungen, Seminarräume, ein Café und ein Kultursaal enstehen sollen. Diese Räumlichkeiten sollen dann endlich Möglichkeiten schaffen, Alltagsbildung und Selbsthilfe in der Region anzubieten und so Diskurse zu verschieben. Finanzielle und personelle Unterstützung ist gern gesehen.

Die Erfahrungen, die die SRB bei all dieser Arbeit in den Dörfern machen, wollen die SRB zusammen mit der FAU Dresden dabei auch wieder an die meist urbane, meist mit einem akademischen Hintergrund versehene linke und anarchistische Bewegung rückkoppeln. Ziel ist es, zu ergründen, warum anarchistische Politik und Habitus in ländlichen Regionen in der Regel Befremdung hervorrufen und wie dieser Zustand überwunden werden kann.

https://srb.fau.org

REZENSIONEN

LITERARISCHE KAPITALISMUSANALYSE

Das umfangreiche Buch der ostdeutschen Autorin Annett Gröschner über »50 Jahre Berliner Frauenbewegung« besteht aus Einführungstexten, den Kapiteln »Die preußische Berlinerin«, »Die Westberlinerin«, »Die Ostberlinerin« und »Die Hauptstädter*in«, sowie Plakaten aus einem Zeitraum von 50 Jahren und einer Chronik der Berliner Frauenbewegung seit 1967.

Die Erste Frauenbewegung, die in Deutschland Mitte des 19. Jahrhunderts startet, kämpft um das Wahlrecht, politische Mitbestimmung, das Recht auf Bildung und eigenen Besitz. Arbeiterinnenvereine werden verfolgt und aufgelöst, die Führerinnen inhaftiert. Eine der bekanntesten war Agnes Wabnitz, die versucht, die Heimarbeiterinnen, vor allem Mantelnäherinnen, zu organisieren. Sie wurde als »gemeingefährlich geisteskrank« in die Psychiatrie gebracht und auch verhaftet. Aus Angst, erneut weggesperrt zu werden, brachte sie sich im August 1894 auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain um. Heute scheint sie vergessen.

Die zweite Frauenbewegung in Westberlin beginnt im Dezember 1967, als sich die Autorin und Regisseurin Helke Sander und die Journalistin Marianne Herzog in einer WG-Küche in Berlin-Charlottenburg treffen, um über einen Zusammenschluss von Frauen nachzudenken. Am 26. Januar 1968 findet die erste Vollversammlung von 200 Frauen an der Freien Universität statt. Die Anfänge der frühen Westberliner Frauenbewegung sind eine deutsch-deutsche Angelegenheit, weil es jene gab, die aus dem Osten in den Westen gewechselt waren. Die Ostberlinerin und Westberlinerin »entfernten sich in vierzig Jahren voneinander – sozial, mental, kulturell«. Im November 1989 hatten die Frauen beider Seiten dann »Probleme, sich zu verständigen«.

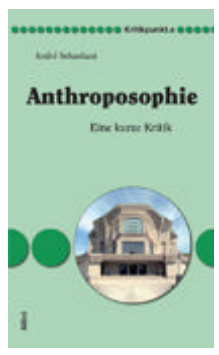
»Eine grundlegende Patriarchatskritik gab es bis zum Ende der DDR nur in den Nischen der Gesellschaft, und auch da war es eher ein zaghaftes Unterfangen (...)«, so die Autorin. Die unabhängige Ost-Frauenbewegung von 1989 besteht aus Lesben, Frauen der Friedensbewegung, feministischen Theologinnen und Frauen aus den Universitäten. Am 3. Dezember 1989 gründen über 1.000 Frauen in der Volksbühne den Unabhängigen Frauenverband, der bis 1998 bestand.

Kritikerinnen der heutigen Frauenbewegung sprechen von einer »Verstaatlichung der Frauenfrage«. Neben dem institutionalisierten Feminismus gäbe es eine Projektebewegung mit einer eher sozialen Ausrichtung. Aber am Ende des ersten Jahrzehnts des neuen Jahrtausends tauchten plötzlich Frauen um die 30 auf, »meist gut ausgebildete Frauen aus der Mittelschicht, für die die Herkunft Ost und West keine große Rolle mehr spielte«. Zum Beispiel der Blog Mädchenmannschaft, das Missy Magazine, die Rapperin Sookee, die Hashtags #aufschrei und #ausnahmslos. Allerdings sind durch das Erstarken des Rechtspopulismus die Errungenschaften der Frauenbewegung gefährdet. Ein wichtiges Buch!

Herbert Klemisch

Cesar Rendueles: Kanaillen-Kapitalismus. Eine literarische Reise durch die Geschichte der freien Marktwirtschaft; Suhrkamp Verlag, Berlin 2018, 300 Seiten, 18 Euro.

ZUR KRITIK DER ANTHROPOSOPHIE



Ungefähr 250 Waldorfschulen gibt es in Deutschland. 2019 feiert die Waldorfbewegung die Gründung der ersten Schule in Stuttgart 1919. Kritiken an der Anthroposophie in Buchform gibt es nur sehr wenige, etwas bekannter ist das bereits 2005 erschienene Buch von Peter Bierl. Deswegen ist es umso mehr zu begrüßen, dass Sebastiani nun eine handliche Kritik vorgelegt hat.

Er untersucht die Hintergründe dieser, so der Autor, »okkulten Weltanschauung«, die vor allem wegen Waldorf und der demeter-Landwirtschaft derzeit die einflussreichste »esoterische« Bewegung hierzulande sei. Anthroposophie ist für Sebastiani »im Kern eine elitäre, dogmatische, irrationale, esoterische, rassistische, antiaufklärerische Weltanschauung«. Bei der Begründung seiner Kritik konzentriert sich Sebastiani nach einer Einführung in die Anthroposophie an sich auf die Pädagogik. Die Teile zur Medizin und vor allem zur Landwirtschaft fallen dann im Vergleich doch deutlich schwächer aus. Er weist nach, dass die »soziale Dreigliederung« ein biologistisches Gesellschaftsverständnis hat und mit modernen Demokratietheorien unvereinbar ist. In der Waldorfpädagogik gibt es weder in der einschlägigen Ausbildung noch in der Praxis einen Methoden- oder Theoriepluralismus, wie er für andere Disziplinen einer aufgeklärten Gesellschaft üblich sei. Eurythmie spiele außerhalb der Waldorfszene zu Recht keinerlei Rolle. Die Temperament- und Jahrsiebtlehre sei schon in den 1920er Jahren entwicklungspsychologischer Unsinn gewesen und verfestige autoritäre Muster.

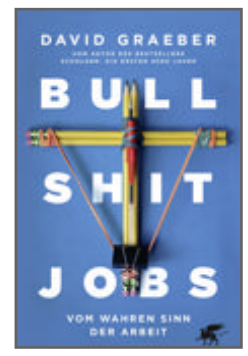
Anthroposophie versuche sich heute zwar vermehrt als Wissenschaft darzustellen, sei aber keine. Sie beruhe letztendlich auf einem Zirkelschluss: Die übersinnlichen Erkenntnisse führen zur anthroposophischen Weltanschauung, und diese wiederum stützt, oder ermöglicht erst, diese Erkenntnisse. Kriterien wie empirische und intersubjektive Überprüf- und Nachvollziehbarkeit kann die Anthroposophie nicht erfüllen. Sie sei letztendlich eher eine Religion als eine Wissenschaft.

Sebastiani belegt seine Kritik, die man sich freilich an manchen Stellen etwas fundierter und auch pointierter gewünscht hätte, mit vielen Nachweisen und nennt auch Literatur. Die hohe Fluktuation unter den Lehrer*innen an Waldorfschulen streift er nur. Dass die Anthroposophie in über 100 Jahren keine dissidenten Strömungen und auch keine wesentliche inhaltliche Weiterentwicklung vorzuweisen hat, ist bemerkenswert, im Buch auch nur sehr am Rande Thema. Fehlt der Anthroposophie wegen ihrer verbohrten Orientierung auf ihren 1925 verstorbenen Gründer Steiner die Fähigkeit zur Modernisierung? Apropos Steiner. Diesen charakterisiert Sebastiani zu Recht als »gescheiterten Akademiker«.

Bernd Hüttner

André Sebastiani: Anthroposophie. Eine kurze Kritik; alibri Verlag, Aschaffenburg 2019, 176 Seiten, 10 Euro.

SINNLOSE JOBS ODER GUTE ARBEIT?



David Graeber, der Autor dieses Buchs mit einem etwas reißerischen Titel, war einer der Vordenker der Occupy-Bewegung und wurde 2007 von der Yale Universität, wo er als Professor für Anthropologie forschte und lehrte, entlassen. Um die Occupy-Bewegung ist es seit den Hochzeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise still geworden. Graeber hat Zeit gefunden, sich den Themen zu widmen, die ihn beschäftigen und publikumswirksam sind.

In der neuen Publikation treibt ihn die Frage nach dem Sinn von Arbeit um. Bullshit-Jobs sind auf keinen Fall mit Scheißjobs zu verwechseln. Letztere sind miserabel bezahlt, hart und dreckig, aber nützlich für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftssystems. Bullshit-Jobs dagegen sind gut bezahlt, aber total überflüssig. Graeber definiert: »Ein Bullshit-Job ist eine Beschäftigung, die so vollkommen sinnlos, unnötig oder gefährlich ist, dass selbst die Beschäftigten ihre Existenz nicht rechtfertigen können, wobei sie sich aber gleichzeitig verpflichtet fühlen, so zu tun, als sei dies nicht der Fall« (S. 38). Damit hat er überflüssige, aber durchaus gut entlohnte Beschäftigungsverhältnisse im Blick.

Danach entwickelt er eine Typologie von sogenannten Bullshit-Jobs. Die empirische Basis waren 124 Rückmeldungen auf einen von Graeber 2013 veröffentlichten Aufsatz zum Thema sowie Reaktionen von Menschen, die nach eigenem Empfinden einem Bullshit-Job nachgehen und Berichte (insgesamt 250) darüber an Graeber einsandten.

Graeber unterscheidet fünf Haupttypen von Tätigkeiten, nämlich die Tätigkeit der Lakaien, der Schläger, der Flickschuster, der Kästchenankreuzer und der Aufgabenverteiler. Unterfüttert werden die Typen mit Beispielanekdoten aus der »Empirie«. Aus Sicht eines Sozialwissenschaftlers bleibt Graebers Studie wenig überzeugend, handelt es sich beim Vorgehen doch um die Vorbereitung einer Self-fulfilling-Prophecy. Dass der Autor seine Befunde zur Bullshit-Arbeitswelt aus E-Mail-Zuschriften und eigenen Erfahrungen zusammenbastelt, wirkt methodisch ausgesprochen handgestrickt.

So bleibt analytisch und politisch wenig Substanz, wenn im letzten Kapitel des Buches darüber philosophiert wird, welche politischen Auswirkungen die Bullshit-Jobs haben und wo das Veränderungspotenzial liegt. Diskutiert wird in diesem Zusammenhang das bedingungslose Grundeinkommen als Programm einer Entkopplung von Arbeit und Bezahlung. Schade, dass von einem der wichtigen intellektuellen Köpfe der Occupy-Bewegung nicht eher an selbstbestimmte Arbeit, Arbeiten in Selbstverwaltung und an kooperative oder genossenschaftliche Lösungen gedacht wird, statt nach staatlichen Lösungen zu schielen.

Das Buch verspricht also letztlich mehr, als es halten kann, nämlich Elemente von guter, nützlicher und selbstbestimmter Arbeit in einer kapitalistischen Gesellschaft und Wirtschaftsordnung herauszuarbeiten.

Herbert Klemisch

David Graeber: Bullshit-Jobs. Vom wahren Sinn der Arbeit, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2018, 464 Seiten, 26 Euro.

LANDPROJEKTE IN DER DIGITALMODERNE

Das Land wird immer mehr zum Sehnsuchtsort, gerade für gestresste Kreative und andere Selbst-Unternehmer*innen aus den immer teurer werdenden Großstädten. Die vier Autor*innen dieses klugen Buches dokumentieren und reflektieren zum einen diese Debatte zwischen Ziegenherde und digitalem Start-up und beschreiben zum anderen zehn reale Projekte im Berliner Umland. Sie verbinden so »Theorie« und »Praxis« auf die angenehmste Weise.

Den Großteil des Buches nehmen Reflektionen zur Entwicklung »des Landes« und der Bilder von ihm ein, kontrastiert und ergänzt mit einigen statistischen Daten. Heutige wie historische Motive der Landsehnsucht, ebenso wie die besondere Geschichte des ostdeutschen ländlichen Raumes, hier: Brandenburg, lassen ein umfangreiches Bild der gegenwärtigen Situation entstehen, welches das lange Zeit dominante Bild der abgehängten (und konservativen) Provinz relativiert. Es gäbe sie noch, so die Autor*innen, die Freiräume für alternative und solidarische Lebens- und Arbeitsentwürfe. Sie böten Raum und Möglichkeiten für die auch von Teilen der lokalen Verwaltungen begrüßten Impulsgeber*innen für veränderte Lebensstile und Hoffnungsträger einer neuen Dorfentwicklung.

Die Autor*innen beschreiben aber auch die Motive der Städter*innen sowie die verschiedenen Misch-Stufen bzw. -Formen des Stadt-Land-Wohnens: Landlustige, Ausschwärmerinnen, Sinnsucher, Wochenendpendlerinnen, Dauergäste, Multilokalisten, Tagespendler, Aussteigerinnen, Nomaden. In zwölf Glossareinträgen werden weiter auf jeweils einer Seite für die Debatte wichtige Begriffe erklärt, von Beschleunigung über Wachstum bis zu Ernährung und Gemeinschaft. Die vorgestellten Landprojekte und Gemeinschaften umfassen ein weites Spektrum. Dieses reicht vom 1000 Hektar Bio-Bauernhof bis zum fragilen Wohnprojekt mit einem hohen Anteil an Wochenendpendler*innen. Sie alle werden nach einem ähnlichen Raster in ihrer Geschichte, ihrem Selbstverständnis, ihrer inneren Verfasstheit und ihrer Eingebundenheit in soziale und dörfliche Netzwerke vorgestellt.

Nur am Rande angesprochen wird die Gefahr einer durch die Raumpionier*innen ausgelösten Gentrifizierung auf dem Lande, etwa durch steigende Grundstückspreise. Hier hätte man sich noch etwas mehr Informationen gewünscht. Dass auch die meisten Dörfer, gerade im Umland der Städte heute »urbanisiert« sind, ist den Autor*innen bewusst, ebenso wie der Umstand, dass auf dem Dorf (nicht vorhandenes) schnelles Internet für viele die Bedingung für die Gründung einer wirtschaftlichen Existenz ist.

Das ansprechend mit sehr schönen Fotografien gestaltete Buch lädt sowohl Planer*innen als auch (potentielle) Land-Pioniere und -Pionierinnen ein, sich ein neues, fundiertes Bild vom »Land« zu machen, jede*r Leser*in wird neues erfahren.

Bernd Hüttner

Mathias Burke, Eleonore Harmel, Leon Jank, Sabeth Kerkhoff: Ländliche Verheißung. Arbeits- und Lebensprojekte rund um Berlin; Ruby Press, Berlin 2019, 276 Seiten, 19,90 Euro.

EINE NEUE LINKE ERZÄHLUNG?

2018 gab es vergleichsweise große Protestbewegungen. Im Hambacher Forst demonstrierten 50.000 Menschen, bei »unteilbar« in Berlin über 200.000, zu antirassistischen und antifaschistischen Demonstrationen kommen durchaus auch 30.000 oder – wie bei dem Konzert in Chemnitz – doppelt so viele.

Das Buch der Journalistin Julia Fritzsche hat zwei Ebenen. Sie sucht zum einen Orte und Zusammenschlüsse auf, an denen sich diese neuen Bewegungen materialisieren und an denen schon jetzt an einer anderen, besseren Zukunft gearbeitet wird: Antirassistische Aktivist*innen in München, Streikende im Krankenhaus und queerpolitisch Engagierte. Zum anderen stellt sie vier aktuelle politische bzw. theoretische Ansätze in begreiflichen Worten vor: Care Revolution, Buen Vivir, Antirassismus und queere Politiken. In diesen werden schon heute neue Begehren formuliert und neue Formen der Beteiligung und ausprobiert.

»Care« verweist darauf, dass, entgegen den Bildern des Marxismus, zwei Drittel der gesellschaftlichen Arbeit unbezahlt, dezentral und unter anderem deswegen »unsichtbar« geleistet wird. »Buen Venir« zeigt, dass Wachstum für eine moderne Linke kein positiv besetzter Begriff mehr sein kann, und Natur, Konsum und Ernährung heute zu einem umfassenden Verständnis von Befreiung dazu gehören. Hier findet die Kritik an Extraktivismus sowie die positive Vision solidarischer Ökonomien ihren Ort. »Queerness« bedeutet eine Vielfalt und Gleichwertigkeit geschlechtlicher Lebensweisen, die sich allesamt gegen »toxische Männlichkeit« richten. Das schwierigste und umstrittenste Feld dürfte derzeit das des Antirassismus sein. Wie geht eine Linke damit um, dass es Gewinner*innen und viele Verlierer*innen in der Passlotterie gibt, in der Lebenschancen vor allem nach Geburtsort zugeteilt werden? Wie kann die vielzitierte Willkommenskultur weiterentwickelt und gestaltet werden? Können »solidarische Städte« dabei ein Instrument sein?

Fritzsche argumentiert für »radikal bunte« (sprich identitätspolitische) und ebenso für »tiefrote« (sprich Umverteilungs-)Ansätze. Sie vermeidet so die Gegenüberstellung von Anerkennungs- und Umverteilungspolitiken, von kultureller und sozialer Linker, und plädiert gegen Dichotomien und Spaltungen. Ihr gelingt es vorzüglich, die politische Kritik mit der praktischen Ebene zu verbinden. Sie kann so zeigen, dass z.B. das Streben nach mehr Gleichheit keinen Verlust von Individualität bedeutet. Positives Framing, wie z.B. bei »ausgehetzt« in München oder »unteilbar« in Berlin, ist dabei von großem Vorteil.

Fritzsche hat ein tiefrotes, radikales und doch buntes Buch geschrieben. Eines das gut für die organisierte Linke und ebenso für die anpolitisierte Nachbarin oder den resignierten WG-Mitbewohner, ja selbst für die eigenen Eltern, oder Kinder geeignet ist.

Bernd Hüttner

Julia Fritzsche: Tiefrot und radikal bunt. Für eine neue linke Erzählung; Edition Nautilus, Hamburg 2019, 192 Seiten, 16 Euro.

TERMINE UND KLEINANZEIGEN

TERMINE

DEMOKRATIE-KONGRESS

Republik in der Krise?
13. April (Stuttgart)

Intoleranz, Hass und Diskriminierung nehmen weltweit zu. Die Handlungsspielräume der Zivilgesellschaft werden kleiner. Wo und vor allem wie können Orte geschaffen werden, die Kritik und Selbstkritik um das uns Gemeinsame zulassen, Partizipation zulassen, um dann in »Freiheit frei zu sein«? Stuttgarter Demokratie-Kongress der Anstifter mit KONTEXT:Wochenzeitung, Die Vielen und Vielfalt und dem Komitee für Grundrechte mit fünf Arbeitsgruppen: Europa rechts liegen lassen? / Welche Medien braucht eine demokratische Gesellschaft? / Demokratie lernen – aber wie? / Polizeigesetze als Raubbau an den Grundrechten / Demokratie in der Stadt – zwischen Partizipation und Vereinnahmung
Ort: Literaturhaus, Breitscheidstraße 4, 70174 Stuttgart
Info: www.die-anstifter.de

FRAUENPOWER

Widerstand der zapatistischen Frauen
15. April, 19 Uhr (Hamburg)

Die Organisierung der Frauen bildet einen zentralen Bestandteil des zapatistischen Widerstands. Dieser war von Anfang gegen Kapitalismus UND Patriarchat gerichtet. In der Veranstaltung berichten die Organisator*innen darüber, wie Widerstand und Organisation der zapatistischen Frauen aussieht und wie sich ihr Leben seit dem Aufstand von 1994 bis heute verändert hat. Angesichts der Politik der neuen Regierung, sehen sich die Frauen heftigen Angriffen ausgesetzt: Wie gehen sie damit um? Gemeinsam wollen wir diskutieren, wie sich ihr Widerstand mit den Kämpfen der Frauen von hier verbinden lässt. Info-Teil offen für alle, Diskussion nur für Frauen, Lesben, Trans, Inter*.
Ort: Infoladen Wilhelmsburg, Fährstr. 43, 21107 Hamburg
Info: www.aroma-zapatista.de

ZUKUNFTSMARKT

Heimattage Winnenden
4./5. Mai (Winnenden)

Beim diesjährigen Landesfest Baden-Württemberg wird es zum ersten Mal neben den traditionellen und folkloristischen Ausstellern auch Aussteller zu Themen wie Fair-Trade, bio-dynamische (Demeter) und solidarische (SoLaWi) Landwirtschaft, Gemeinwohlökonomie, lokale Wirtschaftskreisläufe oder plastikfreies Leben geben.
Info: www.der-erderholungstag.de

POSTWACHSTUMSSTADT

Perspektiven des sozial-ökologischen Wandels der Stadtgesellschaft
10./11. Mai (Weimar)

Ein »Weiter so« gibt es nicht. Ökologische, soziale und kulturelle Krisen machen deutlich, dass Städte, geformt von kapitalistischer Expansion und imperialer Lebensweise, zunehmend an Grenzen stoßen. Gleichzeitig werden die Rufe nach einer großen Transformation lauter. Die zentrale Frage dieser Konferenz lautet: Wie können urbane Räume und Gesellschaften unter und jenseits von ökonomischen Wachstumszwängen gestaltet werden?
Ort: Bauhaus-Universität Weimar, Belvederer Allee 4, 99425 Weimar
Info: http://postwachstumsstadt.de

REBELL*INNEN DES FRIEDENS

Sacred Activism & Politische Aktion
15. - 19. Mai (Kempten im Allgäu)

Das erste Sulzbrunner Symposium bringt Aktivist*innen aus aller Welt zu einem einmaligen Netzwerktreffen und Kongress zusammen. Weltweit bekannte Pionier*innen der Verbindung zwischen Spiritualität und politischer Aktion, Philosoph*innen eines neuen zukunftsfähigen Weltbildes, junge Klima-, Umwelt- und Sozialaktivist*innen, Aktionskünstler*innen, interessierte NGO's und Gäste treffen sich, um neue Aktionsformen eines »heiligen Widerstands« gegen die Zerstörung des Lebens zu entwickeln, Aktivist*innen zu bestärken, Proteste nachhaltiger zu machen und neue Projekte zu initiieren.
Ort: Gemeinschaft Sulzbrunn, 87577 Sulzberg / Allgäu
Info: www.gemeinschaft-sulzbrunn.de

SÜDWIND

Strassenfest 2019
18. Mai (Wien)

Das Südwind Straßenfest ist eine bunte Mischung aus rauschender Party mit Klängen aus aller Welt, nachhaltigen und fairen Einkaufsmöglichkeiten sowie einer Plattform, um verschiedene Vereine und zivilgesellschaftliche Initiativen aus den Bereichen Entwicklungspolitik, Nachhaltigkeit, Menschenrechte, Umweltschutz und Nord-Süd-Kooperation kennenzulernen.
Ort: Campus Uni Wien, Spitalgasse 2, 1090 Wien
Info: www.suedwind.at/wien/suedwind-strassenfest/

SEMINAR

Visualisierung in der linken Praxis
23./24. Mai (Rostock)

Gruppen in ihren politischen Partizipations- und Selbstorganisationsprozessen zu unterstützen, sowie inhaltliche Impulse zu geben, lässt sich häufig durch gezielten Einsatz von Visualisierung in einen Rahmen fassen. Oft kann Visualisierung dazu beitragen, die Beteiligung aller am Prozess zu erhöhen, Strukturen klarer hervorzuheben oder Entscheidungsprozesse zu stützen. In dem Workshop gibt es die Möglichkeit, gemeinsam praktisch zu entdecken, wie eine solche Unterstützung in unterschiedlichen Kontexten visuell möglich ist.
Ort: Peter-Weiss-Haus, Doberaner Str. 21, 18057 Rostock
Info: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/9KAXB/visualisierung-in-der-linken-praxis

COMMUNITIES OF SOLIDARITY

Gemeinschaft, Partizipation und Gemeinwohl
21./22. Juni (Potsdam)

Mit dieser Tagung will der Fachbereich Sozial- und Bildungswissenschaften Forschungs- und Theorieperspektiven zusammenbringen, die sich mit solidarischen Gemeinschaftsprojekten in Zeiten von zunehmender Individualisierung und Vereinzelung beschäftigen.
Ort: FH Potsdam, Kiepenheuerallee 5, 14469 Potsdam
Info: www.fh-potsdam.de/mehrgenerationen

KLEINANZEIGEN

INVESTIEREN UND PROFITIEREN

Das gemeinschaftliche Mehrgenerationenprojekt am Sternberg im Biosphärengebiet schwäbische Alb schafft auf über 70.000 qm im ehemaligen Feriendorf Entwicklungsraum für achtsames Leben mit Mensch und Natur. Herzlich willkommen beim Frühlings-Info-Wochenende am 6./7. April 2019.

www.AmSternberg.de

SSM-GEMEINSCHAFT SUCHT VERSTÄRKUNG

Die »Sozialistische Selbsthilfe Mülheim« in Köln lebt »Neue Arbeit« mit Schwerpunkten Wohnungsauflösungen, Secondhand-Verkauf, Selbstversorgung und Stadtteilpolitik. Wir suchen Menschen mit Freude an selbstbestimmter Arbeit und Engagement für Ausgegrenzte.

www.ssm-koeln.org,
Tel. 0221-6403152

UNGEKÜNSTELTE FOTOGRAPHIE

Reiseimpressionen aus Frankreich, Portugal und Polen sowie ungewöhnliche Aufnahmen von Friedhöfen finden sich auf der Website:

www.facebook.com/Mlle.YvonneSchwarz/

DIE KOMMUNE WALTERSHAUSEN

sucht interessierte Familien und Menschen mit Kindern für das nächste Kennenlernwochenende vom 30. Mai bis 2. Juni 2019.

Mehr Infos dazu auf www.kommune-kowa.de

Kleinanzeigen

Wir bieten Initiativen und Projekten hier Platz für ihre Gesuche und Angebote. Die Kleinanzeigen sind kostenlos. Wir freuen uns über eine Spende! Die Redaktion behält sich eine Auswahl der gesendeten Kleinanzeigen vor. Bitte schickt eure Anzeigentexte an: koordination@contraste.org

IMPRESSUM

Monatszeitung für Selbstorganisation
Erscheint 11 mal im Jahr ISSN 0178-5737

HERAUSGEBER
Contraste, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.

Schönfelderstr. 41A
34121 Kassel

Anfragen: info@contraste.org
Verein: vorstand@contraste.org
Redaktion: redaktion@contraste.org

www.contraste.org

CONTRASTE wird von etwa 20 Redakteur*innen erstellt. Sie schreiben aus Überzeugung und ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional-und Fachredaktionen zusammen. Aboverwaltung und Vertriebsvorbereitung und Rechnungsstellung erfolgt über das Contraste-Büro in Kassel.

V.I.S.D.P.: Regine Beyß
Es gilt die Anzeigenpreisliste 2018.

REDAKTIONEN

BERLIN:
Ulrike Kumpe
✉ ulrike.kumpe@contraste.org
BREMEN:
Bernd Hüttner (Rezensionen)
✉ bernd.huettner@contraste.org
ELBSANDSTEINGEBIRGE:
Johannes Dietrich
✉ johannes.dietrich@contraste.org
FREIBURG:
Burghard Flieger (Genossenschaften)
☎ (07 61) 70 90 23
✉ genossenschaften@t-online.de
GÖTTINGEN:
Kai Böhne (Anzeigen)
✉ kai.boehne@contraste.org
HAMBURG:
Hilmar Kunath
☎ (0 40) 39 90 41 96
✉ hh.kunath@web.de
KASSEL:
Regine Beyß
✉ regine.beyss@contraste.org
KÖLN/BONN:
Heinz Weinhausen
☎ (01 70) 58 38 900
✉ heinz.weinhausen@contraste.org
Ariane Dettloff
☎ (02 21) 31 57 83
✉ ariane.dettloff@contraste.org
SPROCKHÖVEL:
Uli Frank
✉ ulifrank@unverdient.de
STUTTGART:
Peter Streiff
☎ (0 71 44) 33 22 56
✉ peter.streiff@netz-bund.de
ÖSTERREICH:
GRAZ:
Brigitte Kratzwald
☎ 0043-699 11 28 65 57
✉ brigitte.kratzwald@commons.at
KLAGENFURT:
Hans Wieser (Termine)
✉ hans.wieser@contraste.org /

HERSTELLUNG

ANZEIGEN
Kai Böhne
✉ anzeigen@contraste.org

ABOVERWALTUNG
Eva Schmitt
✉ abos@contraste.org

BILDREDAKTION
Regine Beyß und Eva Sempere

LAYOUT
Eva Sempere
✉ layout@contraste.org

TERMINE
Hans Wieser
✉ termine@contraste.org

IT-BETREUUNG
Vadim und Steffen, netz.koop eG
https://netz.coop
✉ webmaster@contraste.org

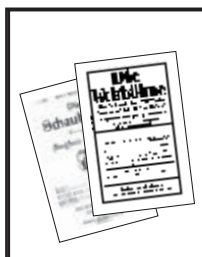
DRUCK
Freiburger Druck GmbH und Co KG

facebook:
Facebook: www.facebook.com/contrastemonatszeitung
Twitter: @conraste_org
Mailingliste: http://lists.contraste.org/sympa/info/contraste-liste

ANZEIGEN

VENEZOLANISCHE KÜNSTLER zum Putschversuch | Dietmar Dath zur Neuveröffentlichung von RONALD M. SCHERNIKAUS »LEGENDE« | PORTRÄT UND BILDSTRECKE des bosnischen Fotografen Nihad Nino Pušija | INTERVIEWS mit Christoph Sieber, Volker Braun, Sleaford Mods u.a.

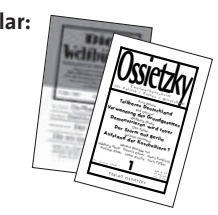
MELODIEUNDRHYTHMUS.COM



Informativ, knapp und klar:

Ossietzky

Die Schaubühne seit 1905
Die Weltbühne seit 1918
Ossietzky seit 1998



»Der Krieg ist ein besseres Geschäft als der Friede. Ich habe noch niemanden gekannt, der sich zur Stillung seiner Geldgier auf Erhaltung und Förderung des Friedens geworfen hätte. Die beutegierige Canaille hat von eh und je auf Krieg spekuliert.«
Carl von Ossietzky in der Weltbühne *vom 8. Dezember 1931*

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende Propaganda, gegen Sprachregelung, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Ossietzky herausgegeben von Matthias Biskupek, Rainer Butenschön, Daniela Dahn, Rolf Gössner, Ulla Jelpke und Otto Köhler, begründet 1997 von Eckart Spoo.

Ossietzky – die Zeitschrift, die mit Ernst und Witz das Konsensgeschwafel der Berliner Republik stört.

Ossietzky Verlag GmbH • ossietzky@interdruck.net
Siedendolsleben 3 • 29413 Dähre • **www.ossietzky.net**

DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio-, Natur- und Umweltläden oder für jährlich 25 € per Abo ins Haus

Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF, Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin

Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene, Tipps, Termine & Adressen